

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

2. Sitzung vom 15. März 2010 • von 19.00 bis 21.50 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Arsène Perroud, Präsident

Protokollführung: Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz:

Einwohnerrat	
Mitglieder des Einwohnerrates:	38
Absolutes Mehr:	20
Zweidrittelsmehr:	26

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Matthias Jauslin, Vizeammann
Toni Schürmann, Gemeinderat
Paul Huwiler, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Marcel Wegmann, Bauverwalter
Werner Lüpold, Betriebsbeamter
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Ernesto Hitz, Schulverwalter
Reto Studer, Bereichsleiter Tiefbau
Urs Waser, Waser Baumanagement & Co

Entschuldigungen

Franz Wille, CVP
Beat Wüthrich, Grüne

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 11188 betr. Kreditbegehren von CHF 7'031'809.- für die Erstellung der Erschliessung Quartier Rebberg
3. Bericht und Antrag 11187 betr. Kreditbegehren von CHF 625'000.00.- als Gemeindeanteil für den Ausbau Knoten Halde Bremgarterstrasse K127
4. Bericht und Antrag 11189 betr. Führung des Betreibungsamtes Hägglingen
5. Bericht und Antrag 11179 betreffend Kreditbewilligung für den Ersatz eines Polizeifahrzeugs
6. Bericht und Antrag 11184 betreffend Stellenausbau bei der Regionalpolizei
7. Motion 11164 gegen die erneute Umgehung des Einwohnerrates
8. Motion 11170 für massive Einsparungen bei den Kopierkosten

Arsène Perroud, Präsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Arsène Perroud, Präsident: Liest das Amtsgelübte vor und nimmt Otto Erb, Dorfteil Anglikon, in Pflicht.

Ich stelle zuhanden des Protokolls fest, dass Sie nun in Pflicht genommen worden sind. Ich wünsche Ihnen bei der Ausübung dieses verantwortungsvollen Amtes viel Erfolg und Befriedigung und heisse Sie im Namen meiner Ratskolleginnen und Ratskollegen herzlich willkommen.

Arsène Perroud, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 11.01.2010 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 11187 betr. Kreditbegehren von CHF 625'000.00 als Gemeindeanteil für den Ausbau Knoten Halde Bremgarterstrasse K 127
- Bericht und Antrag betr. Kreditbegehren von CHF 7'031'809.00 für die Erstellung der Erschliessung Quartier Rebberg
- Bericht und Antrag 11189 betr. Stellenausbau beim Betriebsamt
- ER-Protokolle August 2009, September 2009, Oktober 2009, November 2009 und Dezember 2009
- Einladung zur 2. ER-Sitzung vom 15.03.2010
- Anfrage 11190 betr. schamlose „Geschenk“-Zahlungen
- ER-Protokoll Januar 2010 (liegt auf)

Arsène Perroud, SP: Die erste Sitzung im Januar wird mir in guter Erinnerung bleiben. Dass mich dieser Rat einstimmig zum Präsidenten gewählt hat, freut mich sehr. Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen recht herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen danken. Es hat mich zudem sehr gefreut, dass fast alle Ratsmitglieder am anschliessenden Essen teilgenommen haben. Dies ist ein sehr positives Zeichen und ich weiss dies zu schätzen.

Wir haben heute ein volles Programm vor uns. Ich bin zuversichtlich, dass wir alles abarbeiten können. Ich bitte Sie, uns ihre Voten per Handerheben anzuzeigen. Marlis Spörri wird die Votanten der Reihe nach notieren. Wir geben unser Bestes, dass wir alle fair berücksichtigen.

Ich möchte an dieser Stelle zudem noch auf Paragraph 25 des Geschäftsreglementes verweisen, in welchem die Voten geregelt werden. Im Sinne eines speditiven Sitzungsablaufs bitten wir um keine allzu ausschweifenden Ausführungen zu den einzelnen Geschäften.

Zur Entlastung der Gemeindkanzlei bitten wir alle Rednerinnen und Redner, ihr Votum wenn möglich schriftlich der Kanzlei abzugeben. Damit wird die Protokollierarbeit massiv erleichtert und Fehler in den Protokollen können besser verhindert werden.

Wir beginnen die Sitzungen auf Wunsch einer grossen Mehrheit des Einwohnerrats neu erst um 19.00 Uhr. Wie bereits angekündigt, hat dies zur Folge, dass die Vertreter der Presse ein Zeitproblem haben, wenn die breite Bevölkerung bereits am nächsten Tag gut informiert sein will. Die Traktandenliste wird folglich so gestaltet, dass das Ratsbüro wichtigere Geschäfte zu Beginn der Sitzung traktandiert. Wir danken der Presse für das Verständnis, die aktuelle Berichterstattung und den Sondereffort.

Es ist das Ziel, die Sitzungen jeweils um ca. 22.00 Uhr beenden zu können. Bei Bedarf wird eine Doppelsitzung (Montag und Dienstag) angesagt.

Zum Schluss noch zum Vorgehen bei Rückweisungsanträgen: Ein Rückweisungsantrag muss gemäss Geschäftsreglement als Ordnungsantrag sofort behandelt werden. Werden Rückweisungsanträge während den Fraktionserklärungen gestellt, unterbricht dies die Diskussion am falschen Ort. Das Ratsbüro bittet Euch daher, Rückweisungsanträge dem Büro vorgängig anzukünden und die Anträge ganz zu Beginn, also nach dem Votum des Gemeinderates zu stellen oder damit bis zum Abschluss aller Fraktionserklärungen zu warten. Wir danken für Ihr Verständnis.

Fraktionserklärung SVP

Bruno Bertschi, SVP: Auf das Ende der Legislatur 2006 – 2009 sind drei Gemeinderäte zurückgetreten. Der Gemeinderat hat diesen drei Gemeinderäten Zahlungen in der Höhe von brutto CHF 5'000.00, CHF 3'000.00 und CHF 1'000.00 zukommen lassen, zum Teil in Form von Reka-Reisegeld.

Diese Ausgaben in der Höhe von CHF 9'000.00 sind im Voranschlag der Einwohnergemeinde nicht vorgesehen.

Nach der Berichterstattung der Lokalpresse über eine Anfrage von drei SVP-Einwohnerräten hat Gemeinderätin Doris Becker den Betrag von brutto CHF 1'000.00 wieder in die Gemeindekasse einbezahlt. Für diese richtige und wichtige Geste danken wir Frau Becker.

Wir fordern den Gemeinderat auf, die beiden anderen zurückgetretenen Gemeinderäte, die auch Geldzahlungen erhalten haben, sofort zur Rückzahlung aufzufordern. Es kann und darf nicht sein, dass der Gemeinderat Ausgaben beschliesst, die nicht im Budget vorgesehen sind. Dass diese Zahlungen noch in die Taschen einzelner Gemeinderäte fliessen, macht das Ganze noch schlimmer. Die Honorierung der Gemeinderäte ist in einem demokratisch beschlossenen Reglement eindeutig festgelegt. Für Geschenkkzahlungen besteht absolut kein Raum. Die von der Aargauer Zeitung publizierte Umfrage unter 43 Freiamter Gemeinden zeigt deutlich, dass

1. Geschenkkzahlungen nicht üblich sind,
2. die Abschiedsgeschenke in Wohlgefallen viel zu hoch sind.

Wenn der Gemeinderat ernsthaft Sparwillen zeigen und er weitere Turbulenzen vermeiden will, dann wird er jetzt von den beiden Gemeinderäten die sofortige Rückzahlung verlangen. Wenn er dies nicht tut, dann zeigt er einmal mehr, dass er mit den Steuergeldern nicht sparsam umgeht und es den einzelnen Gemeinderäten darum geht, ihre Taschen möglichst gut zu füllen.

Die SVP-Fraktion wird nicht nachlassen, bis ihre Forderung erfüllt ist. Es gibt ja noch andere, bei Gemeinderäten extrem unbeliebte Möglichkeiten, dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen. Das, meine Herren, ist keine Drohung, sondern eine gutgemeinte Warnung.

Rechnungsabschluss 2009

Matthias Jauslin, Gemeinderat: Im Sinne der Transparenz möchten wir sie kurz über den Rechnungsabschluss 2009 orientieren. In wenigen Tagen wird das Papier auch der Presse zugestellt. Damit sie das nicht aus den Zeitungen vernehmen müssen, möchte ich ihnen den Rechnungsabschluss kurz erläutern.

Die Rechnung der Einwohnergemeinde schliesst mit einem erneut überaus positiven Resultat ab. Zum erfreulichen Ergebnis beigetragen hat im Gegensatz zum Budget ein CHF 1,4 Mio. höherer Steuerertrag und Minderausgaben beim Nettoaufwand von CHF 2,4 Mio. Diese Faktoren führen dazu, dass wir die Abschreibungen auf CHF 4,9 Mio. setzen können. Damit sind die Erwartungen des Voranschlages mit über CHF 3,8 Mio. übertroffen worden. Ich möchte an dieser Stelle sämtlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, aber auch der Verwaltung, recht herzlich danken für den Einsatz, den sie gegenüber der Gemeinde Wohlen erbringen, damit wir mit solchen Zahlen die Vorwärtsstrategie fahren können.

Ariane Gregor, GPK: Die neu zusammengesetzte GPK hatte am 25. Februar 2010 eine sehr konstruktive und einvernehmliche Sitzung, mit beinahe in allen Traktanden einstimmiger Beschlussfassung. In der letzten Woche sind neue und tiefgreifende Erkenntnisse geprüft worden, welche einigen GPK-Mitgliedern nun mit ihrer Entscheidungsfindung vom 25. Februar 2010 einiges Kopfzerbrechen machen. Es ist kein Ruhmesblatt, wenn die GPK nach geprüften und beschlossenen Entscheidungen im Einwohnerrat anders abstimmt. Als GPK-Präsidentin bemühe ich mich, dies in Zukunft zu verbessern. Bei der Vorlage Rebberg und dem damit verbundenen Knoten Halde geht es um sehr viel Geld, um die Zukunft und um das Beste für Wohlen.

Zum Projekt Quartier Rebberg und den GPK Überlegungen:

In den 70er Jahren hat die Odyssee Rebberg begonnen und kann jetzt hoffentlich durch einen guten Entscheid des Einwohnerrates und nachher über die Volksabstimmung endlich zum Abschluss gebracht werden. Ab 2011 könnten die Bauherrschaften beginnen, neues Wohneigentum für gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu errichten.

Das Quartier würde über eine neu zu schaffende Strasse erschlossen. Die sogenannte Wagenrainstrasse hätte eine Strassenbreite von mindestens 5 Meter. Das Trottoir und die Strassenbeleuchtung sind nur einseitig projektiert. Das Strassentrassee würde für die Kanalisation und andere Werkleitungen benutzt. Aus Sicht der GPK hat die projektierte Strasse keinen übertriebenen Ausbaustandard. Der Regierungsrat hat die Erschliessungsmöglichkeit als den Umständen entsprechend optimal gewertet und genehmigt.

Die Strassenbreite und die Zufahrt zur Wagenrainstrasse laden eigentlich nicht zu Schnellfahrten ein. Niemand wünscht sich Schleichverkehr vor der eigenen Haustür, denn es ist ja so, dass man nur in anderen Quartieren, vor fremden Haustüren, Schleichwege fährt. Um die Schleichfahrten zu minimieren, wäre eine Tempo 30 Zone optimal. Dieses Thema muss aber, weil es nicht zum Inhalt des Projektes gehört, in einer separaten Abstimmung behandelt werden.

Durch die Erschliessung des Quartiers über eine neu zu bauende Strassenführung werden die Hochwachtstrasse und die Steingasse nicht entlastet, müssen aber auch nicht Mehrverkehr aufnehmen. Würde das Quartier über die schon bestehenden Querverbindungen erschlossen, müssten Enteignungen von Privatstrassen und zum Teil Bauland erhalten, was massive zeitliche Verzögerungen nach sich ziehen würde.

Die Vorinvestition ist sehr hoch, ein grosser Teil des Betrages wird wieder in die Gemeindekasse fliessen, aber nur, wenn das Projekt endlich realisiert wird. Nach 40 Jahren Projektierung sollte der Zeitpunkt für neue gewinnbringende Steuerzahler endlich reif genug sein. Die Wagenrainstrasse ist nicht für alle das Optimum, aber es ist ein förderlicher Kompromiss.

Die GPK hat den gemeinderätlichen Antrag mit 7 Ja-Stimmen zu keinen Gegenstimmen, also einstimmig, angenommen.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Ich danke der GPK-Präsidentin für ihre prägnanten Ausführungen. Bei diesen CHF 7 Mio. handelt es sich um den Bruttokredit, die Gemeinde trägt rund CHF 2.4 Mio. Das ist Geld, das wir hoffentlich durch Steuern wieder einnehmen. So müssen beispielsweise bei Handänderungen Steuern bezahlt werden. Ich habe eine Kor-

rektur, die ich ihnen zu unserem Bedauern mitteilen muss. Ich bitte sie, Seite 10 des Bericht und Antrages aufzuschlagen (Schlussbetrachtungen) beim zweiten Punkt. Dort heisst es, „Es werden rund 34'000 m² eingezontes Bauland erschlossen“. Diese Zahl ist falsch. Es sind rund 66'000 m². Nach bestem Wissen und Gewissen ist das der einzige Fehler. Wir rechnen nicht nach, wie viele Häuser darauf Platz haben, weil dies letztlich auch davon abhängt, wie viel Land einzelne Leute beanspruchen. Nachdem die GPK einstimmig dafür gestimmt hat, hoffen wir auf eine positive Resonanz aus dem Einwohnerrat und bitten Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen. Es sind sehr viele Leute, die eine Beziehung zum Rebberg haben, die auf einen positiven Bescheid ihrerseits warten und hoffen, dass das Volk im Juni darüber abstimmen kann.

Jean-Pierre Gallati, SVP: „Das vorliegende Projekt ist ungeeignet, steuerkräftige Bewohner nach Wohlen zu holen. Die Höhe der Investitionen trägt der finanziellen Situation der Gemeinde nicht Rechnung. Auf die Wagenrainstrasse ist zu verzichten, die Erschliessung soll mittels nicht durchgehend befahrbaren Stichstrassen ab Hochwachtstrasse und Steingasse/Höhenweg erfolgen. Die Wagenrainstrasse bringt keinen Mehrwert. Die Erschliessung der Parzellen kann kostengünstiger mittels Weiterbau der bestehenden Strassen realisiert werden. Die vom Gemeinderat verfolgten Ziele, steuerkräftige Bewohner nach Wohlen zu holen, sind illusorisch – kaufkräftige Kunden ziehen immissionsarme Quartiere einem durch eine breit ausgebaute Durchgangsstrasse zerschnittenen Quartier vor. Bereits jetzt haben einige Bewohner die Absicht geäussert, das Quartier wegen der zu erwartenden Immissionen zu verlassen!“

Das ist ein Zitat aus der sehr guten Einsprache von Karin Meier und 23 Anwohnern, die gegen die Erschliessung sind. Es fasst das ganze Bild schön zusammen. Es gibt nicht nur Leute, die wollen, dass dort schnell gebaut wird, wie das der Herr Gemeindeamman vorhin gesagt hat. Es gibt auch Leute, ich hoffe unter den Anwesenden ebenfalls, die sich dafür interessieren, wie viel die Gemeinde mitfinanziert, wie viel die Privatpersonen finanzieren, ob unsere Reglemente (Erschliessungsreglement) durchgesetzt werden und was der Nutzen für die Gemeinde ist.

Die Kernfrage ist, ist die Vorlage gut für die Gemeinde Wohlen?

Ich erlaube mir, etwas länger zu werden und sieben Argumente vorzutragen. Dafür sind wir nachher, wenn es um den Inhalt geht, und beim zweiten Geschäft (Knoten Halde) von Seiten unserer Partei sehr kurz und bündig.

- Der schlangenförmige Verlauf der Wagenrainstrasse ist schlecht
Wir würden es begrüssen, wenn wir die vier Querspannen quer über den Hang hineinziehen könnten. Es gäbe bessere Parzellenformen oder umgekehrt gesagt, mit der Schlangenform der Wagenrainstrasse laufen wir Gefahr, dass erstens zu viele Neubauparzellen an der immissionsbelasteten Verbindungsstrasse sind und zweitens, dass Krüppelparzellen entstehen.

Es gibt aus unserer Sicht auch einen grossen, unnötigen Landverschleiss durch die Schlangenform, was zwangsläufig zu höheren Kosten der ganzen Erschliessung führt.

- Der Erschliessungsplan 2003 wird nur zu 75% umgesetzt
Was auch „gefährlich“ sein könnte in der Ausführung: Wenn sie den Erschliessungsplan 2003 betrachten, der vom Regierungsrat genehmigt wurde und sie schauen, was nun realisiert werden soll, dann stellen Sie fest, dass der Erschliessungsplan nicht vollumfänglich umgesetzt wird. So haben wir eine Reduktion des Ausbaustandards der Wagenrainstrasse (5 Meter statt 7.5 Meter), Delliackerweg, Säntisweg und Rebenweg (je 4.2 Meter statt 4.5 Meter).

Wenn Sie über einen Erschliessungsplan verfügen, müssen Sie den sklavisch zu 100 % umsetzen. Das gilt im ganzen Kanton. Wenn sie das nicht tun, gehen sie das Risiko ein, dass ihnen im Beschwerdefall die Baubewilligung entzogen wird.

Es wird auf den Anschluss Glärnischweg an die Wagenrainstrasse verzichtet. Es gibt nur noch einen Fussweg. Auch das ist im Erschliessungsplan anders vorgesehen. Wieso wurde abgespeckt? Wir mussten bei der Akteneinsicht feststellen, dass die Einsprecher am längeren Hebel waren, weil sie in verschiedenen Reglementen Lücken fanden. Gute Anwälte aus Aarau und Lenzburg haben die Mängel schonungslos aufgedeckt. Faktisch hat das dazu geführt, dass sich der Gemeinderat erpressen lassen musste – entweder wird das Ganze weitergezogen, dann muss nochmals von vorne begonnen werden, oder aber ihr kommt uns bei den Kosten entgegen. Leider ist das passiert, und deshalb ist der Gemeinderat den Grundeigentümern viel zu stark und unnötig entgegengekommen. Sogar in einigen Punkten, wo die Rechtsgrundlagen ausreichend wären, z.B. beim Verursacheranteil Knoten Halde, aber auch beim Verzicht auf Kanalisationsanschlussgebühren bei der Wagenrainstrassen. Zusammengefasst besteht das Risiko der ungenügenden Erschliessung der neuen Parzellen, weil der Erschliessungsplan nicht umgesetzt wird. Wir sehen darin einen möglichen Schlammassel. Wenn wir die Strasse gebaut haben und nachher die Baubewilligung nicht erhalten, ist die SVP nicht verantwortlich, wir haben heute Abend auf das Risiko hingewiesen.

- Tempo 30 als zwingende Voraussetzung für die Reduktion der Strassenbreite
Es wird nun etwas heruntergespielt und beschönigt im Bericht und Antrag, dass Tempo 30 nicht zu dieser Vorlage gehört. Was die Finanzen betrifft, stimmt das. Es kommt nachher eine Vorlage, dass man Geld für Tempo 30 benötige. Wenn Sie aber die Baubewilligung vom Dezember 2009 für die neue Wagenrainstrasse betrachten, sehen sie „Projektierungsgeschwindigkeit 30 km/h“. Das ist zwingend, denn sie ist viel zu schmal, um mit 50 km/h zu fahren. Wer zahlt dann Tempo 30? Bestimmt wieder die Allgemeinheit und nicht die privaten Grundeigentümer, deren Grundstücke dort erschlossen werden.

Was geschieht, wenn die Tempo 30-Vorlage vom Volk oder vom Einwohnerrat abgelehnt wird? Was geschieht mit der Erschliessung Rebberg? Tempo 30 gehört in diese Vorlage, so haben wir das Gesamte auf dem Tisch. Vermutlich hatte der Gemeinderat Angst, dass er in eine Tempo 30-Diskussion verwickelt wird, vor allem an der Urne. Ehrlicherweise hat er aber ausgewiesen, dass dies zwingend zusammengehört. Ansonsten müsste er uns heute Abend erklären, dass man auch ohne Tempo 30 die Wagenrainstrasse hinunterfahren kann und sie so bewilligen.

- Finanzierung erfolgt auf dem Buckel der Steuerzahler und der Stromkonsumenten
Das ist bitter. Es geht uns effektiv, wie es der Herr Gemeindeammann gesagt hat, um die 2.4 Mio. Nicht um den Rest, den die Privaten bezahlen. Der Kostenteiler konnte nicht überzeugen. Wir sind der Auffassung, dass wir hier nochmals nahezu eine Million zuviel aus der Gemeinde- und Stromkasse daran bezahlen, als wir müssten.

IBW-Gebühren: Da geht es um die Strom-, Gas- und Wasserleitungen. Es hat sich herausgestellt, dass die IBW nicht in der Lage ist, die Anschlussgebühren für die Groberschliessungskosten vom privaten Grundeigentümer zu fordern, wenn sich dieser wehrt. Das ist bedenklich. Ursprünglich waren die CHF 530'000.00 im Beitragsplan zu Lasten der Privaten vorgesehen gewesen und sind dann weggefallen. Wieso? Weil der Gemeinderat erkennen musste, auch die IBW selber musste übrigens zugeben, dass es einfach nicht geht, weil die Reglemente lückenhaft sind. Wir waren erstaunt, dass die Konstruktion der IBW reglementsmässig lückenhaft ist, obwohl so viele Juristen im Verwaltungsrat der IBW sitzen.

Zu den Grundeigentümerbeiträgen Knoten Halde. Auch dort war ursprünglich vorgesehen, dass der Gemeindeanteil von CHF 625'000.00 aufgeteilt wird, so wie es immer sein muss. Wir haben ein relativ neues Strassenreglement und so wie ich das beurteile, sind die Rechtsgrundlagen vorhanden. Falls dies nicht der Fall ist, muss auch das verbessert werden. Heute gehen auch diese Beiträge vollumfänglich zu Lasten der Gemeindekasse.

Für Telefon und Fernsehen gibt es ebenfalls keine Grundeigentümerbeiträge.

Vor rund anderthalb Jahren haben wir alle ein neues Kanalisationsreglement beschlossen, in welchem enthalten ist, dass bei Strassen, Hartflächen, die entwässert werden müssen, CHF 35.00/m² Anschlussgebühren zu bezahlen sind. Jeder Anwesende muss das bezahlen, wenn er selber eine Strasse oder einen Vorplatz baut, den er nicht entwässert. Wieso bei der Wagenrainstrasse nicht? Auch hier müssten wieder 2/3 Privat-, 1/3 Gemeindeanteil bezahlt werden. Im Reglement gibt es keine Bestimmung, die sagt, dass die Gemeinde machen kann, was sie will, sondern nur eine Bestimmung, die sagt, in einem Härtefall könne die Gebühr angepasst werden. Nicht aufgehoben. Von einem Härtefall kann hier aber keine Rede sein. Auch hier wird wieder auf Geld verzichtet, das die Gemeinde zugut hätte.

- Die Reglemente sind schlecht

Wenn Sie in den Auflageakten lesen (der Gemeinderat Wohlen hat dies selber so geschrieben) „Kommunale Rechtsgrundlagen ungenügend“ (PA GR Wohlen vom 19.11.2007, S. 5). Das haben gemäss den Akten sogar die Herren René Meier und Peter Lehmann von der IBW offensichtlich eingeräumt. Das Regelwerk der IBW ist scheinbar lückenhaft. Es wurde aus diesem Anlass neu überarbeitet. Nach unserer Auffassung weist auch das neue Reglement noch Lücken auf. Das ist aber heute Abend nicht das Thema. Sondern heute Abend geht es darum, dass wir auf das Geld verzichten und die IBW CHF 530'000.00 bezahlt, ohne Grundeigentümerbeiträge zu erheben. Der Gemeinderat hat es verpasst, diese Problematik für die Zukunft zu lösen. Das ist eigentlich das Bedenklichste am Ganzen. Auch für künftige Erschliessungen sind wir nicht gerüstet und der Gemeinderat wird bei Verhandlungen wieder am kürzeren Hebel stehen.

Nebenbei: Die Auflageakten sind einmal mehr lückenhaft. Es fehlen: Kreditbeschluss ER (sofern er vorhanden ist), angefallene Rechnungen, das Gutachten, das die IBW in Auftrag gegeben hat, um die Rechtslage zu prüfen (es gibt offensichtlich ein Gutachten, ist aber in den Akten nicht vorhanden) und die ganzen Akten des Einspracheverfahrens. Dort wären die wunden und wichtigen Punkte zu entnehmen. Wenn man sich die Mühe nimmt, sieht man es trotzdem, da es am einen oder anderen Ort etwas zusammengefasst ist. Aber die ganz groben Sachen sieht man vermutlich erst, wenn man die ganzen Akten gesehen hat.

- Kosten-/Nutzen-Analyse fällt für die Gemeinde negativ aus

Leider gibt es nirgends eine Kosten-Nutzen-Analyse, z. Bsp. wie viele Neubauten es geben wird. Es steht zwar irgendwo 60 Einfamilienhäuser. Wenn wir nun aber hören, es seien 66'000 m², die überbaut werden können, sind es wahrscheinlich mehr. Ich nehme an, auch diese Zahl müsste angepasst werden. Wie viel Steuern wird es geben? Wie viel Steuerertrag? Nicht einfach etwas Handänderungssteuerertrag, das ist uns auch klar. Es gibt dann auch Gemeindesteuern, die fließen, und auch Vermögenssteuern, weil das Land mehr wert ist, usw. Man könnte zumindest eine Prognose erwarten. Und der Kern ist: Wie lange dauert es, bis die Investitionen der Gemeinde wieder „hereingeholt“ sind? Das wäre sehr interessant zu wissen.

Wir sind der Auffassung, dass dies keine guten Rahmenbedingungen sind. Es braucht Wohnformen mit hoher Umwelt- und Lebensqualität, wie es die Strategie des Gemeinderates für unsere Gemeinde vorsieht.

Leider zeigt die Vorlage vor allem die Vorteile auf, ein Vergleich von Vorteilen und Nachteilen wäre wünschenswert.

- Ausblick: Wie weiter nach einer Rückweisung / Ablehnung?

Zuerst einmal müssen wir die Reglemente in Ordnung bringen, und das nicht nur für den Rebberg, sondern für alle Gebiete, die wir noch erschliessen möchten. Nicht nur die IBW-Reglemente, sondern wenn nötig auch das Strassenreglement. Gleichzeitig müsste man den Erschliessungsplan anpassen. Entweder entsprechend der Strassenführung, wie sie nun im Dezember bewilligt wurde, oder mit Querverbindungen, wie wir das wünschen. Vielleicht gäbe es noch andere gute Ideen, wie man dies sinnvoller machen könnte.

Ich empfehle auch, die Grundeigentümer aktiv mit einzubeziehen und das zu Beginn, und nicht über die Köpfe der Eigentümer hinweg zu operieren. Vielleicht war dies das Grundübel dieser Übung.

Zeitbedarf des Ganzen, wenn es gut geführt ist, 2-4 Jahre. Es wird uns entgegengehalten, dass das bereits 35 Jahre dauert. Heute Morgen hat mir ein älterer Herr gesagt, bereits 50 Jahre. Das ist aber das erste Mal, dass der Einwohnerrat darüber befinden kann, ob es richtig ist. Wenn Sie sich heute Abend unter Zeitdruck setzen lassen, sind Sie selber schuld. Wir sehen das Geschäft zum ersten Mal und sind zum ersten Mal aufgefordert, Stellung zu beziehen.

Wir müssen heute abwägen: Wollen wir eine Lösung, die zu wenig durchdacht und möglicherweise schlecht ist? Wollen wir eine schnelle Lösung oder wollen wir in vielleicht 3-5 Jahren eine gute Lösung, die uns erlaubt, die wirklich einmalige und attraktive Hanglage zum Vorteil der gesamten Gemeinde auszuschöpfen? Wir von der SVP sind der Meinung, dass wir heute noch Gelegenheit hätten, das Projekt zu optimieren, so dass die Situation zu Gunsten der Gemeinde und wahrscheinlich auch der teilweise ungeduldigen Eigentümer massiv verbessert werden kann.

Rückweisungsantrag

Der Bericht und Antrag 11188 betreffend Kreditbegehren Erschliessung Rebberg sei an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Diskussion Rückweisungsantrag

Walter Dubler, Gemeindeammann: Was wir hier hören ist dicke Post. Ich beginne ebenfalls mit einem Zitat. „In der Raumplanung soll mehr attraktives Bauland an Hanglagen eingezont werden“. Das war im Juli 2009 so in der Presse zu lesen. Es ist ein Auszug der SVP-Plattform 2009-2013. Wir haben hier Land, das eingezont ist. Aber Sie sehen die Schwierigkeiten, die hier angedeutet werden. Wir haben erstklassiges Land, das man nicht erschliessen will. Zu verschiedenen Aussagen von Herrn Gallati möchte ich Stellung nehmen.

Es ist erstaunlich, dass die SVP, nachdem die GPK einstimmig entschieden hat und zwei SVP-Vertreter Mitglied sind, nun zu einer solchen Haltung kommt. Das letzte Jahr hat der Gemeinderat mit Schreiben vom 8. April 2009 den gesamten Einwohnerrat eingeladen und dargelegt, was die Veränderungen vom ursprünglichen Projekt gegenüber dem zur Diskussion stehenden, sind. Es fand eine Versammlung statt, vereinzelt waren Mitglieder des Einwohnerrates anwesend, auch von der SVP. Die Versammlung lief so zügig, dass auch die Presse entsprechend Bericht erstattete.

Wir haben einen vom Regierungsrat rechtskräftig genehmigten Erschliessungsplan vom August 2003. Dort gab es vorgängig einen Mitwirkungsbericht, d.h. Bevölkerung und Anstösser waren alle mit einbezogen. Diese Strasse, nachdem dies nicht der erste Wurf war, ist rechtskräftig. Ich bitte den Bauverwalter, anschliessend kurz zu erklären, warum die Erschliessung nicht über die bestehenden Strassen erfolgen kann. Auch, dass die Querverbindungen ein untaugliches Mittel sind, nicht zuletzt auch weil es sich um Privatstrassen handelt.

Herr Gallati hat vorher Frau Karin Meier erwähnt. Ich nehme an, Sandra Lehmann wollte ins selbe Horn blasen. Sie hat bei der Einsprache ebenfalls mitgewirkt, nachdem wir ursprünglich die Situation hatten, dass im Jahre 2007 17 Einsprachen waren und bei der zweiten Auflage noch fünf. Jede Einsprache wurde in einem zwanzigseitigen Dokument abgehandelt, auch Frau Lehmann und Frau Meier sind dabei. Man hat klar begründet, warum dies nicht in Frage kommt und der Entscheid des Gemeinderates vom 7. Dezember 2009 hätte in Beschwerde gezogen werden können. Frau Meier führte keine Beschwerde. Es ist noch ein Fall offen und so ist es für diese Leute erledigt. Der Regierungsrat muss im Rahmen vom Bauprojekt/Beitragsplan zur hängigen Beschwerde Stellung nehmen.

Herr Gallati hat gesagt, der Erschliessungsplan werde nicht umgesetzt. Ich kann Ihnen folgendes sagen: Wir haben diese Frage ausdrücklich geklärt. Der zuständige Kreisplaner beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt hat uns mitgeteilt, dass mit den Strassenlinien gemäss Erschliessungsplan der Enteignungstitel gesichert ist. Die Strasse muss innerhalb der Strassenlinien liegen. Die effektive Strassenbreite kann im Rahmen des Bauprojektes innerhalb der Strassenlinie frei bestimmt und projektiert werden. Der Erschliessungsplan wird folglich zu 100% umgesetzt. Betreffend dem Einbezug der Bevölkerung: Es gibt kaum ein Geschäft, das der Einwohnerrat in den letzten Jahren behandelt hat, bei welchem derart viele Leute involviert waren wie hier. Wenn man die seinerzeitigen Abhandlungen betrachtet, auch zum Bauprojekt und Beitragsplan vom Dezember, wurden alle Betroffenen informiert. Und nicht zuletzt der Einbezug der Bevölkerung war der Grund, warum die Überarbeitung stattgefunden hat, so wie sie jetzt vorliegt.

Betreffend Tempo 30: Es ist der gesunde Menschenverstand, der es einem diktiert. Aber es ist nun mal das Strassenverkehrsgesetz, das vorgibt, dass man beim Autofahren das Tempo den örtlichen Verhältnissen anpasst. Man hat klar gesagt, dass auch unterschiedliche Ansichten herrschen, dass dies ein separates Verfahren ist. Mehr Offenheit und Klarheit kann es nicht geben.

Betreffend Reduktion des Planes des Regierungsrates: Es ist absolut irrelevant, was Herr Gallati vorhin gesagt hat. Den Vorwurf der Erpressung muss ich ganz klar zurückweisen. Man hat Gespräche geführt mit sehr vernünftigen Anwälten, z. Bsp. Dr. Häuptli, der eine Grundeigentümerin vertritt und nicht nur Jurist und Anwalt ist, sondern auch Raumplaner und Mitglied der Eidg. Schätzungskommission. Es wohnen auch sehr viele Leute am Reberg, die Kenntnisse vom Recht haben und auch sehr konstruktiv waren. Sie haben bereits einen Vorlauf auf den Linksabbieger Halde gemacht. Die Aufgabe einer Exekutive ist es Lösungen zu finden, die mehrheitsfähig sind. Es gab auch Fragen wie „wo ist der Perimeter“? „wo sind die Grenzen“? „wen kann man an irgendetwas beteiligen“? Tatsache ist: Wir haben mit dem Linksabbieger Halde den Versuch gemacht, Kosten auf die Grundeigentümer zu überwälzen. Und dass wir von ursprünglich 17 nun auf 5 Einsprachen sind und schlussendlich noch eine übrig bleibt, zeigt, dass wir hier den Puls der Leute richtig gefühlt haben.

Ich möchte hier noch die Verwirrung, die geschaffen wurde, etwas auflösen. Die Rede war von der IBW. Es wurde so dargestellt, als ob die IBW Geschenke macht. Wir unterscheiden bei Erschliessungen in Grund-, Fein- und Groberschliessungen. Grunderschliessungen sind Trafostationen, Mittelspannungsnetze, Reservoir, Pumpwerke und Transportleitungen.

Diese werden in der Regel vollumfänglich von der IBW finanziert. Das war schon immer so. Die Groberschliessung ist die Versorgung eines Gebietes mit Hauptsträngen der Erschliessungsanlagen für Energie, Trinkwasser, Niederspannungsverkabelungen, Verteilkabinen, Wasserhauptleitungen, Hydranten. Diese gehen zu Lasten der IBW. Die dafür nötigen baulichen Voraussetzungen sind Grabarbeiten, Kabelschutzrohre, Abdeckungen, usw. Diese gehen aber zu Lasten des Grundeigentümers. Das war ebenfalls schon immer so. Im Fall Rebberg sind diese Kosten in den Tiefbaukosten eingerechnet. Für die Kostendeckung der Grunderschliessung und jene Teile der Groberschliessung, die die IBW trägt, erhebt die IBW Netzkostenbeiträge. Diese sind neu leistungsbezogen und daher gerecht, weil die Beanspruchung der Anlagenteile berücksichtigt wird. Sie fallen erst an, wenn der Hausbau realisiert wird.

Die Feinerschliessungskosten, also die eigentlichen Hausanschlüsse, gehen vollumfänglich zu Lasten der Grundeigentümer. Sie fallen ebenfalls erst dann an, wenn ein Haus realisiert wird, was ebenfalls schon immer so war. Letztlich bezahlen also die Grundeigentümer sämtliche Kosten, welche sie verursachen:

- die baulichen Voraussetzungen als Teil der Erschliessungskosten
- den Netzbau und den Einkauf in die Grunderschliessung in Form von Netzkostenbeiträgen
- die Hausanschlusskosten zu 100% direkt bei Realisierung des Hauses

Es wurde gesagt, dass die Reglemente lückenhaft sind. In der Tat hatten wir die Situation, dass die Reglemente der IBW nicht mehr dem neusten Stand entsprachen. Uns hätten die Rechtsgrundlagen gefehlt, um die nötigen Rechnungen stellen zu können. Der Rechtsmangel wurde aber zwischen der ersten und zweiten Auflage behoben. Namhafte Juristen die hier beteiligt waren, die Parteien vertreten, aber auch wissen, wie eine Gemeinde vorgehen muss bei einer Erschliessung, haben sich sehr positiv geäussert, wie man hier schlussendlich einen Weg gefunden hat. Herr Gallati hat beanstandet, dass Einspracheakten gefehlt haben. Es gibt noch einen Persönlichkeitsschutz. Ein Einspracheverfahren ist etwas völlig anderes. Das ist nicht Sache der Legislative sondern ist Aufgabe des Gemeinderates, sprich Schriftverkehr zwischen Einsprechenden und Gemeinderat. Es ist hier sicher auch so, dass gewisse Schreiben, vor allem der Entscheid „Genehmigung Bauprojekt“ und 20seitige Beitragsplan des Gemeinderates vom 7. Dezember 2009, so breit gestreut wurde, dass dieser jedermann sehen konnte, der ihn sehen wollte. Aber es ist ein Unterschied, ob Sie via Private an die Unterlagen gelangen oder ob wir dies in die Akten legen.

Betreffend Eigentümer mit einbeziehen: Man kann nicht mehr tun als das was wir hier getan haben. Nehmen Sie zur Kenntnis: Leute warten. Es gibt solche, die Land gekauft haben, die nicht wollen, dass der obere Teil des Rebberges überbaut wird. Es gibt andere, die bauen wollen.

Sie alle hier wurden gewählt, um Wohlen vorwärts zu bringen. Beschreiten Sie den bisher gegangenen Weg weiter. Helfen Sie mit, Wohlen weiterzuentwickeln und Voraussetzungen zu schaffen, dass das Handwerker-Gewerbe Erträge generieren kann und dass Leute, die bauen wollen, dies auch können. Dass Leute, die uns einnahmемässig etwas bringen können, die Gelegenheit haben, nach Wohlen zu ziehen. In diesem Sinne bitten wir Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Sandra Lehmann, Freis Wohle/EVP: Der Rebberg ist nicht nur das grösste Baugebiet der Gemeinde Wohlen, sondern der sonnige Hang ist aufgrund seiner guten Wohnlage auch dazu geeignet, potente Steuerzahler anzulocken.

Leider wird das schöne Land mit dem zurzeit geplanten Verlauf der Wagenrainstrasse aber schmerzlich abgewertet, denn fast die Hälfte der neu erschlossenen Parzellen stossen direkt an die Wagenrainstrasse.

Dazu 3 Punkte:

- Punkt 1: Verkehr

Die Wagenrainstrasse ist als Haupteinfahrt ausgelegt, für Bus und den allgemeinen Verkehr sowie für Tempo 50 zugelassen. Da die Wagenrainstrasse durchgehend ist, lädt sie zu Schleichfahrten vom Zentrum Richtung Vita-Parcours, Bremgarten und Niederwil geradezu ein.

Damit wird der Rebberg zu einer Verkehrsachse in Wohlen, welche nicht nur von Anwohnern benutzt wird. Was zu einem gehobenen Wohnquartier werden sollte, wird zu einem immissionsgeplagten Gebiet, unattraktiv für steuerkräftige neue, aber auch für bereits ansässige Bewohner. Denn es sind weder verkehrsberuhigende noch geschwindigkeitslimitierende Massnahmen wie Tempo 30 im Projekt vorgesehen.

- Punkt 2: Hohe Projektkosten

Das Projekt ist überdimensioniert und wird der heutigen Zeit und der finanziellen Situation der Gemeinde Wohlen nicht gerecht.

Die Wagenrainstrasse ist mit einem Anteil von über 70% das teuerste Element der gesamten Erschliessung und bringt keinen Mehrwert. Die Erschliessung der Parzellen kann kostengünstiger mittels Weiterbau der bestehenden Strassen, wie des Panoramawegs, Glärnischwegs, Claridenwegs, Delliackerwegs, Rebenwegs, zu nicht durchgehenden Stichstrassen realisiert werden. Die Fixkosten der Gemeinde werden mit der Wagenrainstrasse unnötig erhöht.

Die Belastung der Anstösser für die Grob- und Feinerschliessung beträgt im Durchschnitt CHF 82.00 pro m². Ein sehr hoher Preis, vergleicht man ihn beispielsweise mit den Kosten der Erschliessungsstrasse beim Isler-Areal im Jahr 2003, welche für die Eigentümer CHF 31.80 pro m² betragen. Rechnet man den Gemeindeanteil von 34 % noch hinzu, betragen die Kosten für die Erschliessung des Rebberges gar CHF 120.00 pro m².

Die Wagenrainstrasse ist aber nicht nur teuer. Durch ihren schlangenförmigen Verlauf entstehen nicht ideale Parzellenformen, was das schöne Land zusätzlich abwertet.

- Punkt 3: Es fehlt eine detaillierte Kosten-Nutzenrechnung

Eine Kosten-Nutzenrechnung wurde vom Gemeinderat nicht angestellt, da diese nicht möglich sei. Was aber möglich gewesen wäre, sind Berechnungen aufgrund von Erfahrungswerten bei bisherigen Neu-Überbauungen, z.B. am Sattelbogen oder in Anglikon.

Fakt ist, dass ein grosser Teil der heutigen Landeigentümer das Land nicht sofort überbauen will.

Somit ist die Nettoinvestition der Gemeinde von rund CHF 2.5 Mio. sehr hoch, gemessen am möglichen Rückfluss durch zusätzliche Steuereinnahmen. Nehmen wir einmal an, dass innert 10 Jahren rund 70 Familien an den Rebberg ziehen, die sich mit dem Hausbau stark verschulden. Würden für diesen Fall Berechnungen angestellt, ob die zusätzlichen Kinder im Schulzentrum Halde Platz finden oder müssten neue Schulräume gebaut werden?

Mit den bereits anstehenden Projekten in den Bereichen Schulhaussanierungen, Gemeindehaus, Badi, Kunsteisbahn, Friedhof hat Wohlen bereits mehr als genug Aufgaben vor sich.

Natürlich ist da der Traum vom reichen Steuerzahler, der an den Rebberg zieht und diese Investitionen bezahlt, verständlich. Dazu müsste aber ein Erschliessungsprojekt vorliegen, das diese Leute anzieht. Eines mit grossen Parzellen, welche an verkehrsberuhigten Stichstrassen liegen. Ansonsten könnte der Traum für Wohlen auch zum Alptraum werden.

Die Fraktion EVP und Freis Wohle unterstützt somit den Rückweisungsantrag der SVP und fordert den Gemeinderat dazu auf, das Projekt Erschliessung Rebberg von Grund auf zu überarbeiten.

Andrea Duschén, FDP/Dorfteil Anglikon: Ein Teil des Einwohnerrates hat am Samstag ein Mail erhalten, mit dem man uns informiert hat, dass noch eine Einsprache hängig ist. Was mich da stutzig gemacht hat, ist dass das von 25 Anwohnern des Rebberges mitunterzeichnet wurde. Die Einsprache wurde am 25. Mai 2009 eingereicht. Man hat uns hier im Mail mitgeteilt, der Gemeinderat sei weder auf die Einsprache eingegangen noch habe er bis heute eine Antwort erteilt. Die Wagenrainstrasse ist im momentanen Projekt das Herzstück und bestimmt auch der grösste Kostenfaktor. Wir von der FDP erwarten eine Antwort des Gemeinderates auf die Anschuldigungen.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Ich habe es gesagt, dass wir diese Bauprojekte Beitragsplan am 7. Dezember 2009 genehmigt haben. Darin wurden alle Einsprachen abgehandelt. Wer ist der Einsprechende? Karin Meier? Also grundsätzlich ist es so, dass alle Leute, so auch Markus und Karin Meier, Rebebänkli 10, Wohlen, und auch Sandra Lehmann, ebenfalls auf dem Verteiler erwähnt sind. Alle können die Abhandlungen begutachten und dieselben Leute haben keine Beschwerde geführt. Das ist erledigt.

Corinne Manimanakis, SP: Wir von der SP werden den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat eine ausführliche Arbeit geleistet hat und die Wagenrainstrasse durchdacht ist. Die Querstrassen sind erstens Privatstrassen und zweitens sehr schmal, damit kein Kehrriechwagen oder Ortsbus passieren kann. Wir erachten das Projekt als ein gutes Projekt.

Anna Keller, Grüne: Ich habe noch eine Anmerkung dazu, dass eventuell neuer Schulraum etc. erstellt werden muss. Wenn wir dafür sind, dass Leute nach Wohlen ziehen, hat das immer zur Folge, dass auch die Infrastruktur ausgebaut werden muss, z. Bsp. neue Strassen, neue Schulplätze, etc. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir auf Neuzuzüger verzichten.

Roger Isler, CVP: Wir werden die Rückweisung nicht unterstützen.

Marcel Wegmann, Bauverwalter: Es steht die Frage im Raum, ob das Projekt grundsätzlich falsch angegangen wurde, d.h. der Erschliessungsplan bereits falsch war und man nochmals von vorne beginnen müsste. Das kam von Einsprachen her, von Leuten, die in der Nähe wohnen und auf die Wagenrainstrasse verzichten möchten. Wir sind dem nachgegangen. Man hat auch bei der Projektierung verschiedene Varianten betrachtet und es ist tatsächlich das Problem, dass das nicht funktioniert. Es konnte auch noch niemand aufzeigen, wie das funktionieren soll. Wir haben auf der einen Seite Privatstrassen, die man enteignen und den bestehenden Häusern in den Garten verbreitern müsste. Auf der anderen Seite haben wir die Ausfahrt bei der St. Anna-Kapelle, die alles andere als geeignet ist, den ganzen Verkehr aufzunehmen. Wenn Sie sich Gedanken machen über die Einfahrten und wie steil die Strassen teilweise sind, müsste man gröbere Anpassungen vornehmen.

Schlussendlich ist auch noch ein Punkt, dass das Wasser nach unten fliesst und von der Kanalisation her das auf jeden Fall den Hang herunterkommen muss und nicht zur Seite abgeleitet werden kann. Das würde nicht funktionieren. Wir sind von dieser Lösung überzeugt. Es wird wie gesagt auf der einen Seite zuviel Land verbraucht auf der anderen Seite haben wir das Projekt reduziert. Es ist ein Kompromiss und es ist nun die Frage, ob wir dies so umsetzen oder nochmals von vorne beginnen.

Sandra Lehmann, Freis Wohle: Ich möchte noch kurz etwas zur Sammeleinsprache mitteilen. Es ist tatsächlich so, dass wir vom Gemeinderat eine Stellungnahme erhalten haben. Wir hatten 3 Anträge in dieser Einsprache formuliert und alle wurden abgelehnt. Die Einsprache wurde vom Gemeinderat abgewiesen und es wäre uns der Rechtsweg offen gestanden. Die Frage ist, weil wir in dieser Einsprache auch auf den grundsätzlichen Verlauf der Wagenrainstrasse eingegangen sind, ob wir mit den rechtlichen Mitteln überhaupt weitergekommen wären. Der richtige Ort, um das zu diskutieren, ist der Gemeinderat und nicht die einzelnen Anwohner, die ihr Recht erstreiten oder dem Gemeinderat sagen müssen, wie er projektieren soll. Auch ein Projekt können die Anwohner nicht selber machen und abschätzen, ob dies realisierbar ist oder nicht.

Peter Tanner, SVP: Ich möchte diejenigen der GPK, die allenfalls ihre Meinung seit ihrem Beschluss geändert haben, ein wenig in Schutz nehmen. Wir Ihr gehört habt, ist das Projekt sehr komplex, die Unterlagen waren auch nicht ganz vollständig und es hat tatsächlich noch hängige Fragen. Die wurden in den Fraktionen noch anders beleuchtet. Dass man hier zu einem Meinungsumschwung kommen kann, ist Pflicht von jedem, auch der GPK-Mitglieder. Alle sieben haben angeblich schon nicht mit ruhigem Gewissen zustimmen können. Mittlerweile haben sie mehr Informationen erhalten und dass sie von einem Ja zu einem Nein kommen können, ist verständlich.

An Walter Dubler: Ich habe von ihm keine schlüssige Antwort erhalten: Gibt es dort Tempo 30? Auch im Bericht und Antrag steht der Ausdruck „es sein noch eine hängige Beschwerde, unter anderem dieser und jener Punkt“. Was heisst das, unter anderem? Gibt es noch mehr Sachen, die bei der GPK gar nicht auf dem Tisch waren?

Ich möchte noch appellieren: Das Votum meines Fraktionskollegen ist sehr konstruktiv, er ist schliesslich auch Fachmann. Ich hoffe, dass wir auch hier drinnen seine Anregungen ernst nehmen. Die SVP ist entgegen der Meinung von Walter Dubler immer noch für einen Ausbau des Rebberges. Auch die Überbauung von gutem Land mit hoffentlich Magnetwirkung auf gute Steuerzahler. Wir wollen eine gute Sache machen. Lieber noch ein paar Jahre warten als nun etwas in einem Sinne von Torschlusspanik durchzudrücken. Ich bitte Euch, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Bruno Bertschi, SVP: Warum werden an die Wagenrainstrasse keine Anschlussgebühren erhoben?

Marcel Wegmann, Bauverwalter: Es gibt vom Abwasserreglement her eine kurze Erklärung. Es ist eigentlich nicht vorgesehen, dass die Gemeinde sich selber die Gebühren in Rechnung stellt und das haben wir auch hier so umgesetzt. Die Anwohner zahlen eigentlich an den Bau der Kanalisation und der Strasse und sollen nicht noch zusätzlich mit diesen Gebühren belastet werden. Das wird immer so praktiziert und das haben wir auch hier so umgesetzt.

Jean-Pierre Gallati, SVP: Wo steht in diesem neuen Reglement, das wir kürzlich beschlossen haben, dass die Gemeinde für Gemeindestrassen keine Anschlussgebühren erheben muss? Es ist vor allem deshalb interessant, weil 2/3 dieser Gebühren wiederum von den Privaten bezahlt werden müssten. Und um welchen Betrag handelt es sich? Circa um CHF

180'000.00 bis CHF 200'000.00, man müsste noch genau rechnen, was die Strasse an Gebühren einspielen würde. Ganz konkret nun die Frage an Herrn Wegmann: Wo steht in diesem Reglement, dass die Gemeinde die Gebühren nicht erheben muss?

Marcel Wegmann, Bauverwalter: Wir haben es so interpretiert. Ansonsten müsste Herr Galati mir zeigen, wo steht, dass wir die Gebühren berechnen müssen. Der Fall ist vermutlich nicht klar geregelt.

Thomas Burkard, Grüne: Ich möchte für die Fraktion der Grünen noch klarstellen, dass wir den Rückweisungsantrag der SVP ablehnen. Der Antrag schiesst ganz klar über das Ziel hinaus und zwar in der Wortwahl wie auch in der Sache. Das Projekt ist nicht so schlecht wie es hier dargestellt wurde. In unseren Augen ist es ein typisches Kompromissprojekt. Ich finde, die Eigentümer wurden vorbildlich mit einbezogen. Es ist mit allen Vor- und Nachteilen gesehen ein zukunftsweisendes Projekt. Wir erachten es auch als falsch, dass rechtmässig eingezontes Bauland weiterhin gehortet wird. Das ist ganz klar ein falsches Zeichen. Eine weitere Verzögerung mit ungewissem Ausgang, und ich muss das ganz klar betonen, das ist ein ungewisser Ausgang, der uns bevorstehen würde. Deshalb müssen wir den Rückweisungsantrag ganz klar ablehnen.

Benno Kohli, FDP: Es ist für mich sehr unüblich, dass sich die Gemeinde die Kanalisationsgebühren erlässt. In jedem öffentlichen Projekt, das ich ausserhalb von Wohlen betreue, ist es selbstverständlich, dass die Gemeinde für ihre eigenen Bauten Kanalisationsanschlussgebühren bezahlt. Das man sich diese erlässt gibt es nur im Sportzentrum Niedermatten. Was mich auch erstaunt; ich komme etwas auf den Knoten Halden zu sprechen: Offenbar ist es zulässig, dass wir die Strassen verschmälern und auch den Ausbau des Knotens St. Anna-Kapelle/IBW nicht machen müssen. Dort können wir den Erschliessungsplan verletzen. Aber es ist offenbar ganz klar ausgeschlossen, dass wir nachher den Knoten Halde nicht bauen würden.

Es würde mich interessieren, ob der Herr Gemeindeammann die Aussagen vom Kreisgenieur schriftlich hat, dass wir die Strasse so abspecken dürfen oder ob es bloss eine Aussage ist. Wir sind ein Rechtsstaat und da gilt ein Erschliessungsplan.

Thomas Geissmann, FDP: Das interessante an der jetzigen Situation ist, dass sich alle Anwesenden einig sind, dass wir den Rebberg erschliessen möchten. Es gibt keine einzige Person, die sich ausnimmt: Wir streiten über die Kosten und den Kostenteiler. Wie bereits erwähnt wurde, bedeutet jede angestrebte Lösung ein Kompromiss. Was mir etwas fehlt sind sogenannte Opportunitätskosten. Das sind entgangene Erlöse, in unserem Fall ein entgangener Steuererlös. Man kann leicht sagen „kein Problem, wir stellen das ganze ein paar Jahre zurück“. In dieser Zeit geht gar nichts. Wir verpassen, einkommensstarke Steuerzahler nach Wohlen zu holen. Da sehe ich eine grosse Gefahr. Wir haben hier ein fix fertiges Projekt, mit dem wir starten könnten. Mir fehlt hier in Wohlen, dass man die Chancen sieht, die angepackt werden könnten. Ein Projekt wird nun von allen Seiten zerredet. Man findet immer etwas, das nicht ideal ist. Wohlen ist aus meiner Sicht die Geschichte verpasster Chancen. Meine grosse Angst bei einem Nein zur Rebbergerschliessung ist, dass dies ein weiteres trauriges Beispiel ist.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Herr Kohli hat einen Vergleich mit dem Sportzentrum Niedermatten angestellt. Für diejenigen, die den Hintergrund nicht kennen. Es wurde damals die Auflage vom Regierungsrat gemacht, als er den jemals höchsten Beitrag von CHF 4 Mio. an eine Sportanlage gesprochen hat, dass die Gemeinde aufgrund der rechtsgültigen Reglemente diese Gebühren erlassen soll, wenn sie das kann. Das wurde gemacht.

Herr Gallati hat vorhin von CHF 180'000.00 gesprochen. Ich weiss diesen Punkt nicht genau auswendig. Unser Bauverwalter hat eine Auskunft gegeben, aber man müsste dies sicher betrachten, wie es allenfalls mit den Anschlussgebühren ist. Aber CHF 180'000.00 im Verhältnis zum Ganzen – überlegen Sie selber.

Betreffend der Anfrage von Herrn Kohli und der Auskunft von Aarau: Als wir von den bestehenden Bedenken gehört haben, gab ich dem Bauverwalter den Auftrag, Dr. Heiner Speck (Kreisplaner) anzurufen. Herr Wegmann hat mir auf vier Linien festgehalten, was ich bereits erwähnt habe. Weil ich ihn heute Nachmittag nicht erreicht habe, hat man mich aus der Gemeinderatssitzung gerufen, weil ich das mit ihm kurz besprechen wollte. Ich habe es nicht von ihm selber aufgeschrieben. Aber ich gebe Herrn Kohli gerne die Telefonnummer und er kann dies gleich morgen überprüfen. Die Aussage ist deckungsgleich.

Das Entscheidende hat nun Thomas Geissmann gesagt: Die gesamte volkswirtschaftliche Bedeutung. Wenn sie Wohlen weiterbringen wollen, hat er alle Gefahren erwähnt, falls wir dies nicht tun. Wenn Sie mich fragen würden, was ihr morgen macht, falls ihr die Rückweisung beschlossen habt, könnte ich ihnen die Antwort nicht geben. Aber ich weiss, dass wir rund CHF 300'000.00 verbraten hätten und wären beim Punkt Null. Sagen sie Nein zu diesem Rückweisungsantrag und sorgen sie dafür, dass das Volk darüber abstimmen kann.

Abstimmung Rückweisung

Der Rückweisungsantrag von Jean-Pierre Gallati, SVP

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

Diskussion

Fraktionsmeinungen

Corinne Manimanakis, SP: Auf den ersten Blick ist die Wagenrainstrasse den wenigsten sympathisch und auch mir war sie ein Dorn im Auge. Sie soll in der S-Form in das Gelände gebaut werden. Man stellt sich die Frage: ist sie wirklich von Notwendigkeit? Kann man nicht mit den bestehenden Querstrassen auskommen? Muss es sein, dass durch das unbebaute Grundstück eine solche Strasse führen muss? Und was ist mit dem Schleichverkehr? Wird dieser noch mehr zunehmen oder sich nur verlagern?

Fakt ist aber, dass diese Strasse schlussendlich erforderlich sein wird, nicht nur weil alle Werkleitungen und Entwässerung über diese führen, sondern auch weil die Querstrassen jene zur Nutzung beansprucht würden teils Privatstrassen sind und für das Verkehrsaufkommen zu schmal wären. Auch ist zu bedenken, dass die Steingasse und Hochwachtstrasse extrem steil sind und im Winter zu einem Verkehrschaos führen könnte. Die neue Wagenrainstrasse soll nicht so steil werden und über eine Breite verfügen, so dass die Kehrichtabfuhr bewältigt werden kann und eines Tages einmal der Ortsbus durchfahren kann. Nebst dem sind für Fussgänger freundliche Gehwege vorgesehen. Die bestehenden bleiben zumindest erhalten, das begrüssen wir sehr und finden das ganz wichtig!

Nach all diesen Argumenten können wir der Wagenrainstrasse zustimmen und sind aber auch guter Hoffnung, dass eines Tages dort Tempo 30-Zone eingeführt werden kann. Wir begrüssen dieses Projekt und hoffen, dass auf diesem Weg gute Steuerzahler nach Wohlen geholt werden können.

Zudem sind wir absolut für verdichtetes Bauen im Wohler Ortskern. Wir sind aber ganz klar der Meinung, dass auf keinen Fall noch mehr neues Bauland am Rande unserer Gemeinde eingezont werden darf.

Auch möchten wir für den neuen Verkehrsrichtplan zu überdenken geben, ob allenfalls die Möglichkeit besteht, die Steingasse, vom Abschnitt BBZ bis zum Sternenkreisel, als verkehrsfrei umgestalten zu können. Denn wenn das Verkehrsaufkommen grösser wird, wird dieser Teil der Steingasse ganz bestimmt als Schleichweg genützt werden! Für diesen darf die Steingasse nicht missbraucht werden. Wir bitten dies zu überprüfen.

Die SP wird dem Kreditbegehren von CHF 7'031'809.00 für die Erstellung der Erschliessung Quartier Rebberg einstimmig zustimmen.

Roger Isler, CVP: Ein grosser Brocken kommt auf uns zu. Doch für einmal geht es nicht darum, irgendetwas zu reparieren oder ein Provisorium zu ersetzen. Es geht um eine echte Investition, die über kurz oder lang teils als Erschliessungsbeiträge und teils als Steuersubstrat zurückkommen wird. Es soll neue, gute Steuerzahler geben, denn es ist eine begehrte Wohnlage. Wir machen uns keine Illusionen, dass wir deswegen bereits nächstes Jahr am Steuerfuss herumschrauben können, dies ist das Parteiprogramm einer anderen Partei. Wir erhoffen uns aber, dass es einen Schub gibt in der Entwicklung von Wohlen. Die Idee, den Rebberg zu erschliessen, ist nicht neu und macht aus diversen Gründen Sinn. Bereits vor über 35 Jahren versuchte man es mit einem Projekt. Nach mehreren Anläufen mit Projektänderungen und Redimensionierungen hat man nun ein Projekt auf dem Tisch, das unserer Meinung nach vernünftig ist und vor allem eine Chance hat. Wir haben nach langen Verhandlungen die Einsprachen klären können und somit wäre der Weg nun frei für eine Umsetzung. Natürlich gibt es verschiedene Konzepte, wie man den Hang erschliessen kann. Sicherlich kann man über die Breite der Fahrbahn, von Kurvenradien oder gar über die Anzahl Strassenlampen diskutieren. Es ist auch wichtig, dass man genau hinschaut. Wir vertrauen auf das Fachwissen der beteiligten Planer, die die vielen Vorgaben, Normen und vor allem auch die vielen Ansprüche an den Hang in ein mehrheitsfähiges Projekt verwandeln mussten. Wir sind der Meinung, dass der Zeitpunkt für ein JA da ist. Die CVP-Fraktion wird dem Projekt einstimmig zustimmen.

Andrea Duschén, FDP: Der Bericht und Antrag hat in unserer Fraktion zu einer langen Diskussion geführt. Nicht die Notwendigkeit der Erschliessung, sondern die Kostenverteilung gab bei uns viel zu reden. Wir sind der Meinung, dass die Gewinner die Landeigentümer sind und das geht zu Lasten unserer Gemeinde. Trotzdem möchte der Gemeinderat vorwärts machen. Die FDP steht grundsätzlich für eine gesunde Entwicklung unserer Gemeinde ein und da gehört unserer Meinung nach auch der Rebberg dazu. Auch im Leitbild von Wohlen ist erwähnt, dass wir attraktive Wohnlagen, wie z.B. der Rebberg, erschliessen sollen. Unsere Fraktion wird mehrheitlich dem Bericht und Antrag zustimmen.

Jean-Pierre Gallati, SVP: Ja, Roger Isler, wir sind die Partei, die die Steuern senken will, und zwar um mindestens 10 %. Wenn der Finanzminister vorher den Millionenüberschuss geschildert hat, den man wieder dem Steuerzahler zu viel aus der Tasche gezogen hat, kann ich mir fast nicht vorstellen, dass eine bürgerliche Partei die Steuern nicht um mindestens 10 % senken will. Aber offenbar bleibt die CVP auf dem Hochsteuerkurs, wie sie bereits seit vielen Jahren ist. Aus drei Gründen lehnen wir die Vorlage ab.

1. Wir wollen kein Millionengeschenk der Gemeinde an die zum Teil nicht armen Grundeigentümer am Rebberg, wie es der FDP-Sprecher gesagt hat. Kumuliert ist das circa eine Million, die wir ihnen schenken
2. Kosten/Nutzen, vor allem der Nutzen, dieser Rebbergerschliessung, ist überhaupt nicht ausgewiesen und aufgezeigt worden. Es ist ein verantwortungsloser Blindflug, den wir hier mit der Gemeinde machen. Dies mit dem besten Land, das wir haben.
3. Wir nehmen unsere Funktion als Steuerzahler, als Treuhänder der Steuerzahler ernst, in dem wir keinen solchen Blindflug machen möchten.

Wir raten Ihnen dringendst, diese Vorlage abzulehnen. Ansonsten hoffen wir auf das Volk.

Thomas Burkard, Grüne: Wir stimmen dem Kreditbegehren klar zu. Wir finden das Projekt, nach Abwägen aller Vor- und Nachteile, gesamthaft gesehen gut und sind der Meinung, dass es zum jetzigen Zeitpunkt ausführungsfähig ist. Lange genug wurde geplant und verhandelt. Jetzt sollten wir dem Kompromissvorschlag eine Chance geben und endlich zur Umsetzung schreiten. Die Erschliessung des Rebberges ist eine konkrete Massnahme, um zu versuchen, gute Steuerzahler nach Wohlten zu holen. Es garantiert uns niemand, dass dies auch gelingt. Da sind auch ganz andere Faktoren massgeblich. Unbestritten ist, dass der Rebberg eine vorzügliche Wohnlage ist. Diese Chance sollten wir jetzt nutzen. Wir sind auch der Meinung, dass rechtskräftig eingezontes Bauland zur Baureife gebracht werden und nicht gehortet werden soll. Das gilt vor allem für solch zentrumsnahes, hochwertiges Bauland, wie es der Rebberg ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ganz klar betonen, dass wir im Hinblick auf die anstehende Revision des Bauzonenplanes in Wohlten gegen eine räumliche Siedlungsausdehnung auf Vorrat am Rande des Dorfes sind. Es macht keinen Sinn und widerspricht nachhaltig dem Handeln, am Siedlungsrand neues Bauland einzuzonen, so lange solch grosse wertvolle Flächen wie der Rebberg unüberbaut sind. Es gibt in diesem Erschliessungsprojekt auch Punkte, die innerhalb der Fraktion zu Diskussionen geführt haben. Braucht es die Wagenrainstrasse als Erschliessungsstrasse wirklich? Ist die Wagenrainstrasse in dieser geschlängelten Form das richtige? Auf den ersten Blick waren wir skeptisch. Nachher mussten wir erkennen, dass die Erschliessungsvariante über die bestehenden Querstrassen weniger effektiv und nur schwer realisierbar wäre. Die Stichworte hier zu: Zu schmale Privatstrassen, Steilheit der Steingasse und Hochwachtstrasse als Zubringerstrassen, Trottoir und der Mehrverkehr, der in die bestehenden Quartier hineingetragen würde. Die redimensionierte Wagenrainstrasse ist trotz aller Skepsis für uns die bessere Lösung. Eines Tages kann dort vielleicht Tempo 30-Zone eingeführt werden, was wir aus verschiedenen Gründen sehr begrüßen würden. Ein Fragezeichen setzen wir auch bei den geologischen Abklärungen. Angesichts der eher schwierigen Bodenverhältnisse am Rebberg und dem zu erwartenden Bergdruck hätten wir bevorzugt, wenn die detaillierten Baugrunduntersuchungen bereits im Vorfeld des heutigen Antrages durchgeführt worden wäre und nicht erst vor der Submission nachgeholt würden. Nach den Konsultationen mit der Bauverwaltung hoffen wir aber sehr, dass hier keine grösseren Probleme aus dem Boden auftauchen und der Baukredit eingehalten werden kann. Zum Schluss möchten wir positiv vermerken: Der Gösliker-Chileweg kann als kulturhistorisch bedeutsamen Fussweg mitten durch den Rebberg erhalten bleiben. Das finden wir schön. Wir Grünen begrüßen insgesamt das für Wohlten wichtige, zukunftsorientierte Bauvorhaben und stimmen dem gemeinderätlichen Antrag zu.

Abstimmung 11188

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Baukredites von brutto CHF 7'031'809.00 (Indexgebunden Basis April 2007) für die Erstellung Erschliessung Rebberg

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Urs Stäger, GPK: Den Bericht und Antrag 11187 hat die GPK, soweit es ihr möglich war, geprüft. Der Kanton verlangt den Ausbau dieses Knotens beim BBZ, resp. Haldenschulhaus. Nachdem eine Mehrheit dem Ausbau und der Erschliessung des Rebbergs zugestimmt hat, müssen wir auch dieses Geschäft beraten.

Eine Mehrheit der GPK stört sich daran, dass der talwärts fahrende Bus seine Haltestelle auf der Kantonsstrasse hat. Dies führt zu Staus und Unfälle mit Velofahrern sind so vorprogrammiert.

Eine Bushaltestelle wäre vor dem Wietlisbachhaus problemlos und ohne grossen Aufwand zu realisieren gewesen. Leider hat dies unsere Baubehörde verpasst. Was weit schlimmer ist und einzelne Mitglieder der GPK sehr stört, ist die Tatsache, dass für die bereits bestehende Bucht erst im letzten Oktober die Besitzstandsgarantie an den privaten Scool Imbiss verlängert wurde.

Die GPK stellt den Antrag, dass für die Bushaltestelle eine andere Lösung gefunden werden muss. Dies kann durch eine Verlängerung der bestehenden Bucht, durch Neuverhandlungen mit Scool Imbiss oder auch durch die Verlagerung der Haltestelle ins Talbisgässli sein. Dies macht für den Busbetrieb keine Probleme, da die nächste Haltestelle erst wieder nach dem Kirchenkreisel ist.

Zusatzantrag der GPK zum Bericht und Antrag 11187

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Lösung für die Bushaltestelle zu finden, mit dem Ziel, dass der Bus nicht auf der Kantonsstrasse hält.

Wir bitten Sie den GPK-Antrag zu unterstützen. Vielen Dank.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Wir danken der GPK, dass sie grundsätzlich einstimmig für dieses Projekt stimmt. Zur Abrundung des kritischen Punktes: Der Linksabbieger ist vom Kanton her eine Voraussetzung, nachdem Sie zur Erschliessung Rebberg Ja gesagt haben.

Die Busbucht vor dem Wietlisbachschulhaus war keine Busbucht. Die Parkplätze stehen im Zusammenhang mit der Schliessung der Ausfahrt vom Bachmattenweg. Das ist etwa 1982 explizit für die Kundenparkierung der damaligen Bäckerei Kuhn an der Bremgartenstrasse 21 erstellt worden. Es gehört zur Pflege des dortigen KMU-Gewerbes, dass ein solcher Besitzstand garantiert wird. Es ist ganz klar eine Auflage des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt vom 6. Oktober 2009, dass die Besitzstandsgarantie gewährt sein muss. Das wurde gegenüber den Grundeigentümern auch so bestätigt. Das heisst die Busbucht, die die GPK zum Ein-/Aussteigen einsetzen wollte, steht nicht zur Verfügung.

Die geplante Lösung mit der Fahrbahnhaltestelle bergabwärts bringt gegenüber der heutigen Situation mit der Bushaltestelle auf dem Trottoir, wie es jetzt ist, verschiedene Vorteile:

- Verbesserung Sicherheit Knoten Halde durch eine klare Verkehrsführung Die Sichtverhältnisse sind heute teilweise ungenügend.
- Busbevorzugung im Bereich Kirchenrain/Kirchenplatz. Der Bus fährt vor einer Kolonne, das ergibt eine kurze Haltezeit für den Bus; zur Zeit hält pro Stunde ein Bus.

- es gibt keine Verschlechterung des Verkehrsflusses auf der Kantonsstrasse
- Verkehrsberuhigung durch tiefere Geschwindigkeiten
- Verbesserung der Platzverhältnisse für Fussgänger

Ich bitte Sie zu bedenken: Das ist ein Projekt des Kantons. Die Gemeinde finanziert mit und wir haben ein gewisses Mitspracherecht. Was wichtig sein wird, ist der Miteinbezug der Schule. Es hat viele Schülerinnen und Schüler, die dort ein- und aussteigen. In diesem Sinne bitte ich die GPK, auf die neue Sachlage einzuschwenken. Wir haben das vom Gemeinderat her an der GPK-Sitzung betreffend der Busbucht nicht so mitgeteilt, man hat nicht immer alles zu 100% präsent. Nur das dies nicht zur Auflage gemacht wird. Ich bitte Sie, dem Linksabbieger zuzustimmen. Es ist auch eine Auflage, die der Kanton uns gegenüber gemacht hat.

Ariane Gregor, GPK: Der protokollierte Zusatzantrag der GPK heisst im Wortlaut: Dass der Bus bergabwärts in der Busbucht anhalten soll. Der Gemeinderat soll die dafür notwendigen Schritte veranlassen.

Der Gemeinderat hat mich nachträglich über die Besitzstandswahrung informiert. Ich frage mich, ob der GR diese Garantie wegen Gebrauch im öffentlichen Interesse nicht wieder aufheben könnte.

Aus diesen Vorbemerkungen ergeben sich ganz klar neue Feststellungen, welche die GPK nicht berücksichtigen konnte.

Mittels Mailverkehr haben wir unsere Meinungen ausgetauscht und sind zu anderen Definitionen gekommen, aber es wurde kein formeller Beschluss mehr gefasst. Wenn heute die GPK-Mitglieder anders abstimmen als in der Sitzung vom Februar protokolliert, liegt dies nicht an mangelnder Kompetenz, sondern an den neuen wichtigen Erkenntnissen, welche in die Entscheidungsfindung unbedingt mit einbezogen werden müssen.

Andrea Duschén, FDP/Dorfteil Anglikon: Auslöser für diesen Bericht und Antrag ist die Erschliessung Rebberg.

Nutzniesser sind die Landeigentümer, bezahlen muss es die Gemeinde. Bei der Baubewilligung des Aldi wurde dieser in die Kostenpflicht genommen. Dies sieht der Gemeinderat anscheinend nicht bei allen gleich. Je nach Bauherrschaft müssen entstehende Kosten mitgetragen werden oder auch nicht. Wir empfinden dieses Vorgehen als nicht in Ordnung. Der Gemeindeammann hat gesagt, man musste mehrheitsfähig sein im Rebberg. Ich bin der Meinung, es müsse auch im Einwohnerrat mehrheitsfähig sein. Wir sind nicht ganz glücklich mit diesem Bericht und Antrag.

Anna Keller, Grüne: Vorbemerkung: Was uns als erstes gefehlt hat, sind vernünftige Detailpläne. Auf Anfrage haben wir diese erhalten. Sie gehören aber unseres Erachtens zu den selbstverständlichen Unterlagen zum vorliegenden Geschäft.

Grundsätzlich begrüssen wir den vorgesehenen Ausbau, insbesondere die Verbesserungen für die Velofahrerinnen und Velofahrer. Im Unterschied zur FDP sind wir der Meinung, dass gerade diese profitieren und nicht nur im Speziellen die Leute vom Rebberg. Wir haben aber einige Wünsche und Fragen. Die Wünsche möchten wir möglichst berücksichtigt haben. Bei den Fragen hätten wir gerne anschliessend Antworten.

Zu den Wünschen:

Velofahrende erhalten ja auf der Mittelinsel Richtung Zentrum eine Querungshilfe. Es sind hier ja vor allem die Schülerinnen und Schüler. Wir wünschen, dass diese Überquerung vom Schulhaus her über die eine Fahrbahn hinweg farblich und auch durch einen anderen

Belag abgehoben wird, damit diese Querung für alle Autofahrenden deutlich markiert ist. Hier sind nach der Schule täglich viele Kinder und Jugendliche mit dem Velo auf dem Heimweg, ebenso einige Erwachsene und wir wollen, dass alle sicher nach Hause kommen. Den Radstreifen möchten wir rot markiert wie auf dem Plan eingezeichnet, wie vor dem Chäber. Wenn das nicht so gedacht ist, würden wir das begrüssen, dass das hier auch so ist, aus denselben Gründen wie vorher.

Unsere Fragen:

Dorfauswärts, beim Schulhausplatz ist eine schöne, neue Busbucht samt Bushäuschen vorgesehen. Braucht es da überhaupt ein Bushäuschen? Die meisten Fahrgäste werden hier aussteigen und nur wenige einsteigen? Während beim bbz Richtung Bahnhof viele einsteigen werden und kein Unterstand vorgesehen ist? Das ist für uns nicht ganz einsehbar.

Treppenstufen führen zum Schulhausplatz. Da spielen in den Pausen vorwiegend PrimarschülerInnen. Im Moment ist der Pausenplatz gegen die Strasse mehr oder weniger abgeschlossen, nachher ist er viel offener. Das ist zwar optisch schön, aber wie ist das mit der Sicherheit für die Kinder? Müsste man das nicht berücksichtigen und entsprechend etwas unternehmen?

Da wo die Busbucht stehen soll, wachsen jetzt Bäume. Müssen die alle gefällt werden? Und wenn ja, wo werden dafür neue angepflanzt? Mindestens Ersatz muss nach unserer Meinung gepflanzt werden.

Dario Veghini, SP: Ich gebe Ihnen die Meinung der SP Fraktion bekannt: Das Konzept des Ausbaus mit Verkehrsinsel, Mehrzweckstreifen und Bushalteeinbuchtung stellt unserer Meinung nach eine wesentliche Verbesserung der jetzigen Situation dar. Allgemein erwarten wir eine Verlangsamung des Verkehrs und das soll sich auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer positiv auswirken. Wir erwarten aber auch eine Zunahme des Verkehrsaufkommens in das Talbisgässchen und aus diesem heraus. Wir denken aber, dass mit dem vorgeschlagenen Konzept das Linksabbiegen kein wesentliches Problem darstellen wird.

Die SP Fraktion ist deshalb mit dem neuem Konzept grundsätzlich einverstanden. Dennoch haben wir dazu vier Anmerkungen:

1. Die Sicherheit für Radfahrer hat sehr hohe Priorität: wir erwarten dass der vorgesehene 1.5m breite Radstreifen klar markiert wird (z.B in rot).
2. Wir haben festgestellt, dass die Buseinbuchtung ziemlich grosszügig dimensioniert ist. Wir stellen diesbezüglich die Frage ob überhaupt eine so grosse Bushaltebucht nötig ist
3. Auch mit dem neuen Konzept bleibt das Linksabbiegen und das Überqueren der Strasse für Radfahrer eine mutige Angelegenheit. Die Unterführung ist und bleibt die sicherste Überquerungsalternative für Radfahrer und Fussgänger: Sie soll im neuen Konzept aufgewertet werden.
4. Der letzte Punkt betrifft das Verkehrskonzept in der Steingasse: Unserer Meinung nach soll die untere Steingasse entweder verkehrsfrei werden oder soll die Einführung von Einbahnverkehr Richtung Zentrum berücksichtigt werden. Und dies aus zwei Gründen:
 - Die Erschliessung des Rebbergsgebietes wird das Verkehrsaufkommen in der Steingasse erhöhen und das entspricht eher einer Abwertung als einer Aufwertung der Steingasse.
 - In Spitzenzeiten kann das häufige Linksabbiegen in die Steingasse am Kirchenplatz zu Problemen führen. Mit dem neuen Konzept wäre ein Einmünden auf der Höhe des Talbisgässchen gut möglich und sicher.

Ich denke, diese Ideen sollen von den kompetenten Stellen untersucht werden

Jean-Pierre Gallati, SVP: Wieso braucht es den Knoten Halde? Ich glaube, das kann nicht einmal der Gemeinderat abstreiten, diesen braucht es wegen der Überbauung Rebberg. Was passiert, wenn es eine Infrastrukturanlage wegen einer Überbauung, eines Verursachers braucht? Was ist ein Verursacher? Das ist jetzt die Überbauung Rebberg. Das Baugesetz sagt klar im §90: Diese müssen sich finanziell beteiligen. Das ist der grosse Mangel dieser Vorlage, dass die Gemeinde die CHF 330'000.00 für die Privaten bezahlt. Lustigerweise ist das weder bei der SP noch bei den Grünen oder bei der GPK ein Thema.

Die CHF 330'000.00 interessiert hier drinnen niemanden. Die vorherigen CHF 180'000.00 interessieren den Gemeindeammann nicht. Das sind ganz kleine Sachen. Die CHF 530'000.00 IBW-Gebühren, das interessiert auch niemanden. Kumuliert sind das 1,05 Mio Franken die wir mit dem Rebberg verschenken. Wegen diesen CHF 330'000.00 lehnt die SVP den Knoten Halde ab. Die Grünen Wohlen stimmen jedem Kreisell und jeder Kantonsstrassenverbreiterung zu. Die würden noch einer achtspurigen Autobahn durch das Dorfzentrum zustimmen und würden sagen, dass die Frösche untendurch laufen müssen.

Wenn sie wirklich etwas erreichen wollten, würden sie Zusatzanträge stellen. Aber man redet von Farbe oder von Velostreifen. Es wird so ausgeführt wie es projektiert ist. Das ist ein kantonales Strassenbauprojekt. Wenn Sie wirklich inhaltlich etwas erreichen wollen, müssen Sie Zusatzanträge stellen, diese Vorlage zurückweisen oder ablehnen. Wir lehnen sie aus finanziellen Gründen ab.

Maja Meier, Freis Wohle/EVP: Zwar dient der Knoten Halde an der Hauptstrasse der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler. Die Kreuzung Talbisgässli/Steingasse lässt aber Fragen offen betreffend Sicherheit. Es pendeln viele Kinder hin und her in die Hofmatten, wenn sie den Turnunterricht besuchen. Auch über die Bushaltestelle sind wir nicht glücklich. Der GPK-Sprecher hat gesagt, dass die Gefahr besteht, dass die Velofahrer den Bus überholen. Auch uns stört, dass auf den Verursacheranteil verzichtet wird. Die Besitzstandgarantie, die offenbar erst seit Oktober 2009 besteht, finden wir eigenartig. Wie lange wird die Besitzstandgarantie bestehen bleiben? Freis Wohle/EVP lehnt den Knoten Halde einstimmig ab. Für uns sind zu viele Fragen offen und einiges ist unklar oder ungelöst.

Ariane Gregor, CVP: Wir wissen alle, dass der Ausbau des Knotens Halde eine Bedingung des Kantons für die Erschliessung des Rebberges ist. Es wäre eigentlich laut Kanton ein Verursacherknoten, was heisst, zahlen müssten die neuen, guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche wir nach Wohlen locken wollen. Diese Rechnung ist nicht ganz aufgegangen. Es hagelte Einsprachen. Das hätte ich auch gemacht, wenn es um mein Geld gegangen wäre.

Der Knoten Halde ist jetzt schon gefährlich, unter anderem wegen den vielen Eltern, die ihren Kindern den Schulweg zu Fuss missgönnen und sie deshalb mit dem Auto abholen. Parkiert wird in der Busbucht oder auf der Bushaltestelle, auf dem Trottoir im Talbisgässli oder eben gerade da, wo es Platz hat. Die Wegfahrt ist rückwärts, vorwärts oder Vortritt erzwingend, es eilt ja. Dazwischen überqueren die Jugendlichen vom BBZ die gut befahrene Bremgarterstrasse, eine Autofahrerin will von der Pilatusstrasse dorfwärts schnell einbiegen, derweil gerade ein bergwärtsfahrender Automobilist ziemlich Gas gibt und der Bus fordert auch noch seinen rechtlichen Platz.

Mit dem projektierten Knoten wird nicht alles ungefährlicher, aber die Sicherheit würde durch eine klare Verkehrsführung und tiefere Geschwindigkeiten verbessert. Vielleicht können am Anfang und Ende ein Schuldreieck auf die Strasse gedruckt werden. Dafür stelle ich aber jetzt keinen Zusatzantrag.

Der Ausbau des Knotens Halde nützt allen Verkehrsteilnehmern, nicht nur den Neuzuzügern des Quartiers Rebberg. Die CVP-Fraktion ist vom projektierten Knoten Halde überzeugt und stimmt einstimmig zu.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Die Sprecherin der CVP hat etwas Wichtiges gesagt. Die Nutzniesser sind nicht nur die Grundeigentümer, sondern auch alle anderen. In den siebenzehn Einsprachen war man einhellig der Meinung, dass man es nicht als rechtens erachtet, dass einzig die Grundeigentümer am Rebberg für die Erschliessung aufkommen sollen. Das ist einer der Problempunkte. Man kann das nicht explizit jemandem zuteilen. Wir haben es versucht, Andrea Duschén. Aber die Kunst einer sinnvollen Politik ist, das zu machen, was man schlussendlich auch umsetzen kann.

Anna Keller hat Wünsche geäussert. Die Wünsche werden protokolliert und wir werden dann das Protokoll selbstverständlich beiziehen, wenn es um die Detailbearbeitung dieses Projektes geht. Wünsche kann man immer äussern, es werden aber nicht immer alle erfüllt werden können. Aber sie werden sicher ernst genommen. Es wurden verschiedene Punkte angeschnitten betreffend Bushaltestelle, Bäume usw. Ich werde dann allenfalls Herrn Wasser bitten, mitzuteilen, was die Überlegungen waren.

Ich möchte vor Illusionen warnen. Dr. Veghini hat gesagt, dass man bei der Steingasse allenfalls Einbahnverkehr machen soll. Es hat Leute hier, die im Zusammenhang mit dem Masterplan Ortszentrum Wohlen mitgewirkt haben. Die Erkenntnis war eher, dass dies nicht richtig wäre, wenn man die Strasse nur restriktiv befahren würde. Das wird ein separates Thema sein im Zusammenhang mit der gesamten Verkehrsführung.

Maja Meier hat die Frage gestellt wegen der Busbucht, wie lange die bereits besteht für den Laden. Sie besteht seit circa 1982. Wenn man der Firma, die nun ihren Imbissecken dort hat, die Existenz gewähren will, kann man nicht einfach etwas verändern. Wir haben nicht vor, eine rechtliche Auseinandersetzung zu starten. Falls es dort eine Veränderung geben wird, könnte man dies allenfalls wieder unter die Lupe nehmen.

Tomi Schmid, Freis Wohle: Auch ich kann dem Knoten nicht zustimmen. Aber nicht wegen dem Geld. Aufgrund meiner Lehrertätigkeit bin ich jeden Tag dort. Da sind viel zu viele Fragen offen. Das Vertrauen, dass das so gemacht wird, ist nicht da. Für mich reichen diese Zusagen nicht aus, um dem Knoten zuzustimmen.

Abstimmung

Zusatzantrag GPK

Der Zusatzantrag

der Gemeinderat wird beauftragt, eine Lösung für die Bushaltestelle zu finden, mit dem Ziel, dass der Bus nicht auf der Kantonsstrasse hält,

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Baukredites von CHF 625'000.00 (Index Basis April 2007) als Gemeindeanteil für den Ausbau Knoten Halde

wird mit 20 Ja zu 18 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen

zugestimmt.

Thomas Geissmann, GPK: Die GPK hat die Notwendigkeit der zusätzlichen 30 Stellenprozent im Betriebsamt geprüft. Aus Sicht der GPK wurde der Nachweis der Notwendigkeit aus folgenden Gründen erbracht.

- Es wurde mit dem Betriebsamt Hägglingen ein Vertrag abgeschlossen. Die Übernahme des Betriebsamtes Hägglingen würde zu rund 355 zusätzlichen Betreibungen führen, was eine Zunahme des Arbeitsvolumens bedeutet.
- Im letzten Jahr haben in der eigenen Gemeinde die Betreibungen um rund 8,7% zugenommen.
- Mit der Gemeinde Hägglingen würde unter Vollkostenbetrachtung abgerechnet werden. Das heisst für uns, dass der Ausbau des Betriebsamtes kostenneutral erfolgen würde.
- Es wäre nicht nur kostenneutral, sondern wir hätten aus der Abrechnung mit Hägglingen einen zusätzlichen positiven Deckungsbeitrag zu den sowieso anfallenden Fixkosten.
- Die bestehende Infrastruktur könnte genutzt werden. Das heisst, es käme zu keinen weiteren Investitionskosten.
- Die Empfehlung des Betriebsinspektorates sieht pro Mitarbeiter 1'000 Betreibungen vor. Bei den momentan vorhandenen 450 Stellenprozenten würde diese Zahl auf 1'300 steigen. Es liegt auf der Hand, dass das eindeutig zu hoch ist.

Die GPK begrüsst die Zusammenarbeit und Übernahme von Amtstätigkeiten aus umliegenden Gemeinden, solange die Kostenneutralität gegeben ist. Das stärkt die Zentrumsfunktion von Wohlen. Die GPK empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme dieses Antrages.

Tobias Breitschmid, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon nimmt wie folgt Stellung: Es ist uns bewusst, dass die starke Zunahme der Betreibungen in den Jahren 2008 zu 2009 zu einer erhöhten Belastung des Betriebsamtes geführt hat. Ein Grund dafür ist sicherlich auch die schlechte Konjunkturlage. Die Frage, die sich hierbei stellt ist, was passiert, wenn die Wirtschaft wieder besser läuft und weniger Betreibungen anfallen? Ist dann die Gemeinde Wohlen auch bereit einen Pensenabbau durchzuführen?

Was wir in dieser Sache bemängeln, ist die Vorgehensweise des Gemeinderates. Bereits im letzten Jahr wurde durch die involvierten Gemeinden Wohlen und Hägglingen ein entsprechender Vertrag ohne Kenntnisnahme des Einwohnerrates unterschrieben. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, dass mit den vorhandenen Pensen die zukünftig anfallenden Arbeiten nur unter qualitativen Einbussen zu bewältigen wären. Die neue Lösung wird bereits seit dem 1. Februar 2010 praktiziert. Was würde geschehen, wenn der Einwohnerrat heute diese Stellenerhöhung ablehnen würde? Wir sind klar der Meinung, dass solche Vorlagen rechtzeitig, d.h. vor der Umsetzung, vor den Einwohnerrat gehören. Eine starke Minderheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass dieser Gemeindevertrag vom Einwohnerrat beschlossen werden müsste, weil diese Vorlage von erheblicher finanzieller Bedeutung ist.

Positiv zu werten ist die Vollkostenrechnung, welche Wohlen zu einem Profit verhelfen müsste. Die Verrechnung der Raummiete sowie des Verwaltungszuschlags sollten, wenn auch minimal, zu einer Verbesserung der laufenden Rechnung führen. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon unterstützt mit einer knappen Mehrheit diesen Antrag. Wir wollen jedoch abschliessend auf folgende zwei Punkte hinweisen:

1. Die Gemeinde Wohlen hat in erster Linie den Geschäftsauftrag ihrer Gemeinde und nicht denjenigen ihrer Nachbargemeinden erfolgreich zu erfüllen.

2. Bei zukünftigen Zusammenarbeitsverträgen ist eine rechtzeitige und umfassende Information, d.h. Vertragswerk vor Unterzeichnung sowie die daraus resultierenden Forderungen und Pflichten an den Einwohnerrat zu richten, wenn eine entsprechende Unterstützung gefordert wird.

Myriam Huwiler, Grüne/SP: Wir von der Grünen Fraktion und die Fraktion der SP sind für einen Stellenausbau beim Betreibungsamt. Wir finden einen Zusammenschluss der Betreibungsämter Wohlen und Hägglingen sinnvoll und fördernd. Mit diesem Zusammenschluss nimmt Wohlen die Verantwortung als Regionalzentrum wahr.

Johannes Siebenmann, Freis Wohle/EVP: Auch die Fraktion Freis Wohle/EVP wird diesem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen. Wir sind überzeugt, dass das eine gute Lösung ist. Insbesondere lobend erwähnt wurde an der Fraktionssitzung die sehr sorgfältige Vollkostenrechnung, die erstellt wurde.

Armin Geissmann, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir sind der Meinung, dass der Nachweis sicherlich erbracht wurde. Wir haben in Wohlen eine gute Infrastruktur, die man hier optimieren kann. Es ist legitim, 30 Stellenprozente zu bewilligen und als Zentrumsgemeinde ist das bestimmt mehr als gerechtfertigt. Das heisst aber nicht, dass das Gemeindehaus dadurch plötzlich zu klein wird. Das hoffen wir bestimmt nicht. Wir wünschen guten Erfolg, nicht zu viele Betreibungen für die Wirtschaft und grossmehrheitlich steht die FDP hinter diesem Bericht und Antrag.

Roger Waeber, CVP: Die CVP ist einstimmig für diesen Bericht und Antrag. Mit dieser Lösung, dass das Betreibungsamt Hägglingen in Wohlen geführt wird, entsteht eine Win-Win-Situation. Die überregionale Zusammenarbeit ist wichtig. Zudem wird Hägglingen eine Vollkostenrechnung gestellt. Die Erhöhung um 30 Stellenprozente ist ausgewiesen und wird von der CVP einstimmig gutgeheissen.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Ich möchte Ihnen herzlich danken für die gute Aufnahme dieses Bericht und Antrages. Ich möchte aber auch auf die kritischen Punkte von Herrn Breitschmid eingehen. Er hat die Frage gestellt, ob wir auch Stellen abbauen. Es hat auch schon eine Situation gegeben, als man Stellenprozente des Betreibungsamtes einer anderen Abteilung zur Verfügung gestellt hat. Diese Möglichkeit bietet sich teilweise. Aktuell ist dies aber nicht der Fall.

Sie haben die Vorgehensweise kritisiert, dass dies ohne Kenntnisnahme gelaufen sei. Die Aufgabe eines Gemeinderates ist es zu führen. Wenn wir eine Anfrage der Gemeinde Hägglingen haben, erwartet diese innerhalb einer vernünftigen Frist eine Antwort. Es ist korrekt, dass es besser wäre, wenn wir mehr Zeit gehabt hätten. Die Kritik Ihrerseits überrascht mich nicht. Es wäre einfacher, wenn wir den Zeitpunkt für den Beginn z.B. auf Juni hätten festlegen können. Sie haben gefragt, was passieren würde, wenn der Einwohnerrat diesen Antrag ablehnen würde. Es käme automatisch der §5 dieses Vertrages zum Tragen „Kündigung und Rücktritt“, dass man den Vertrag auf den nächsten Zeitpunkt kündigen müsste. Das würde vermutlich nicht zur Freude der Gemeinde Hägglingen passieren. Sie haben den Vertrag als eine finanziell erhebliche Bedeutung bezeichnet. Betrachten Sie das Gemeindegesetz §20, für was die Gemeindeversammlung zuständig ist (in Wohlen der Einwohnerrat). Dort heisst es „Genehmigung von Verträgen über die Übertragung von Aufgaben an Dritte von Gemeindeverträgen deren Folgen für die Gemeinde oder unmittelbar deren Einwohner erhebliche finanzielle Bedeutung sind“. Sie haben das als erheblich beurteilt. Vergleichen Sie nun mit der Gemeinde Hägglingen, die bedeutend kleiner ist als Wohlen. Die haben das nicht als erheblich beurteilt, sonst hätten sie vor die Gemeindeversammlung gehen müssen. Auch wenn man die finanziellen Konsequenzen betrachtet,

kann man mit gutem Gewissen sagen, dass das unerheblich ist. Ich bedanke mich bereits jetzt, dass Sie dieser Vorlage grossmehrheitlich zustimmen werden.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung von zusätzlich 30 Stellenprozenten beim Betriebsamt

wird mit 34 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen
zugestimmt.

Bericht und Antrag 11179 betreffend Kreditbewilligung für den Ersatz eines Polizeifahrzeugs

Roland Vogt, GPK: Die GPK ist durchaus der Meinung, dass unsere Regionalpolizei entsprechende Einsatzmittel braucht und diese sich in einem technisch einwandfreien Zustand befinden müssen. Wir sind uns bewusst, dass der BMW 730d Touring einmal zu ersetzen ist. Wir sind aber der Auffassung, dass im Moment keine Dringlichkeit für einen Ersatz dieses Fahrzeuges besteht. Der Ausdruck „reparaturanfällig“ erscheint uns übertrieben. Die Angaben der Reparaturkosten aus dem Bericht entsprechen nicht den Tatsachen und wurden auf CHF 5'400.00 korrigiert. Ein siebenjähriges Polizeifahrzeug mit rund 100'000 Kilometern kann Reparaturen zur Folge haben, ist aber sonst zuverlässig und sicher. Handelt es sich doch bei einem BMW um eine Premiummarke. Mit 15'000 gefahrenen Kilometern pro Jahr liegt man bei einem durchschnittlichen Wert einer Privatperson, was einer intensiven Beanspruchung widerspricht. Was die GPK vor allem stört, ist ein fehlendes Konzept für den Fahrzeugpark. Andernfalls hätte man schon früher gemerkt, dass ein Fahrzeug mit Allradantrieb benötigt wird. Zudem fehlt bei den GPK-Unterlagen das Fahrzeuginventar. Die GPK bittet den Gemeinderat, ein Konzept zu erarbeiten, welches das Bedürfnis der Polizei abdeckt, die Lebensdauer sowie das Soll an Kilometern bei den Fahrzeugen festlegt und die Umwelt, sprich Benzinverbrauch und CO₂-Ausstoss, berücksichtigt. Zudem sind die Anschaffungskosten tiefer zu halten. Deshalb wird dem Gemeinderat weiter empfohlen, sich bei den Autolieferanten als Interessent eines Demofahrzeuges zu melden.

Aus den dargestellten Gründen erfolgt seitens der GPK ein Rückweisungsantrag, welcher, unter Ausstand von Thomas Geissmann, einstimmig beschlossen wurde.

Toni Schürmann, Gemeindeammann: Ich spreche für den Rückweisungsantrag. Zuerst einmal entschuldige ich mich, dass in der Vorlage für die Reparaturkosten für das alte Fahrzeug eine falsche Zahl aufgeführt war, nämlich CHF 9'000.00 statt CHF 5'400.00.

Die Regionalpolizei benötigt ein neues Fahrzeug, weil der bisherige siebenjährige BMW reparaturanfällig wurde. Zudem verfügt die Polizei über kein Einsatzfahrzeug mit Allradantrieb. Dieser Winter hat gezeigt, dass ein Allradantrieb notwendig ist, weil man für Einsätze in Schnee und Eis alle Vertragsgemeinden und exponierten Wiler und Liegenschaften erreichen muss. Reparaturanfällig ist das Fahrzeug deshalb, weil die Fahrzeuge der Regionalpolizei nur für Kurzstrecken gebraucht werden. Aus diesem Grunde kann man das auch nicht mit der Kantonspolizei vergleichen, die 300'000 oder mehr Kilometer zurücklegt (das ganze Jahr auf der Autobahn, Tag und Nacht). Die Fahrzeuge der Regionalpolizei müssen manchmal bereits im Kaltzustand volle Leistung erbringen und zudem vollbeladen fahren, was sie ebenfalls einer grossen Belastung aussetzt. Die Kommission der Regionalpolizei hat der Ersatzbeschaffung zugestimmt und auch da zahlen die anderen Vertragsgemeinden ca. 40% an die Kosten der Neubeschaffung. Das alte Auto könnte für ca. CHF 9'500.00 verkauft werden. Die CHF 5'000.00 im Bericht und Antrag waren eine Schätzung. Die Gemeinde Wohlen müsste also mit dieser Ersatzbeschaffung noch Nettokosten von ca. CHF 40'000.00 selber tragen. Die GPK stellt nun ein Rückweisungsantrag mit dem Begehren, zuerst ein Konzept für den Fahrzeugpark auszuarbeiten. Laut Protokoll will sie der Regionalpolizei die benötigten Mittel nicht verweigern und anerkennt, dass ein Fahrzeug mit Allradantrieb notwendig wäre. Wir interpretieren das so, dass von der GPK im Grundsatz nicht bestritten ist, dass die Polizei über ein allradangetriebenes Einsatzfahrzeug verfügen sollte und das alte Auto ersetzt werden muss. Es ist also bereits heute ersichtlich, dass ein solches Fahrzeug notwendig ist. Das wäre also auch im Konzept für den Fahrzeugpark enthalten. Natürlich ist der Gemeinderat bereit, ein solches Konzept zu erarbeiten. Es wurde bereits beim Polizeichef in Auftrag gegeben. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, warum der Ersatz dieses Fahrzeuges an die Bedingung eines Konzeptes für den Fahrzeugpark ge-

bunden wird. Bereits heute steht fest, dass ein allradangetriebenes Fahrzeug nötig ist. Das Konzept könnte auch parallel zu einer Beschaffung erstellt werden und würde den ganzen Fahrzeugpark umfassen. Der Gemeinderat bittet Sie, aus den genannten Gründen den Rückweisungsantrag nicht gutzuheissen und den Bruttokredit für die notwendige Ersatzbeschaffung zu bewilligen.

Bruno Bertschi, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag der GPK mit 11 zu 1, und zwar mit folgender Begründung:

1. Ein BMW mit Dieselmotor hat eine wesentlich längere Lebensdauer, sowohl vom Jahrgang als auch von den Kilometern her. Auch bei vielen kurzen Fahrten hält ein BMW wesentlich länger als nur 105'000 Kilometer.
2. Das Argument „Allrad“ sticht bei uns nicht. Die Repol hat Fahrzeuge mit Frontantrieb, die auch auf verschneiten Strassen problemlos bergauf bewegt werden können.
3. Es fehlt ein Konzept über die langfristige Beschaffung von Fahrzeugen. Es wissen nicht einmal alle Einwohnerräte, wie viele und welche Fahrzeuge die Repol zurzeit besitzt.
4. Die Vorlage ist unbrauchbar. Es steht, dass vorgesehen ist, einen BMW zu kaufen. An der Fraktionssitzung geisterte ein Volvo herum, und der Polizeichef hat mir in einem persönlichen Gespräch von einem VW Passat erzählt. Die Reparaturkosten wurden mit CHF 9'200.00 angegeben. Es ist doch einfach peinlich, wenn 3 Tage vor der ER-Sitzung ein Mail aus dem Gemeindehaus kommt, in welchem von Reparaturkosten von „nur“ CHF 5'400.00 die Rede ist. Wahrscheinlich hatte man die Idee, unsere Meinung noch umzudrehen.

Schlussendlich ist noch die Rede von einem Eintauschwert von mindestens CHF 5'000.00. Dabei wissen wir alle, dass es spürbar mehr sein wird.

Meine Herren Gemeinderäte, die Zeiten von schludrigen Vorlagen sind vorbei. Schreiben Sie sich das hinter die Ohren!

Roger Waeber, CVP: Die CVP ist grossmehrheitlich gegen die Rückweisung des Bericht und Antrages. Wie wir gehört haben, wird der Gemeinderat uns ein Konzept über den Fahrzeugpark der Repol liefern. Die anderen Vertragsgemeinden haben der Neubeschaffung dieses Polizeifahrzeuges zugestimmt. Damit das Fahrzeug für den Winter im Einsatz stehen kann, wollen wir jetzt über den Bericht und Antrag befinden. Die CVP ist mit 2:6 gegen die Überweisung des Rückweisungsantrages.

Tomi Schmid, Freis Wohle/EVP: Freis Wohle/EVP hat sich von den Argumenten der GPK überzeugen lassen. Wir sind für die Rückweisung dieses Geschäftes.

Stefan Suter, SP: Wir haben in der Fraktionssitzung darüber diskutiert und sind auch an den Punkten angelangt, die der GPK-Sprecher erwähnt hat. Wir sind für den Rückweisungsantrag.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, zuerst ein Konzept für den Fahrzeugpark zu erstellen. Es fehlen die wichtigen Punkte wie Bedürfnisse der Polizei, die Lebensdauer der Fahrzeuge, die Unterhaltskosten, den Benzinverbrauch und den CO2-Ausstoss.

Dem Rückweisungsantrag wird mit 28 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Corinne Manimanakis, GPK: Im Jahr 2004 hatte die Regionalpolizei einen Mannschaftsbestand von 11 Mitarbeitenden. Heute sieht es diesbezüglich nicht viel anders aus, die Mannschaft besteht aus 1 Repol-Chef, 9 ausrückenden Polizisten und einer Zivilangestellten.

Die Einwohnerzahl hat aber um 1'800 Einwohner zugenommen und Ausrückungen, Aufgebote oder Anrufe aus der Bevölkerung sind um 19,8% gestiegen.

Die Kantonspolizei würde in Wohlen sogar 21 Polizisten einsetzen, da die Gliederung pro 900 Einwohner 1 Polizist rechnet. Zudem zeigt ein Vergleich mit der Regionalpolizei Wettingen, welche über einen Mannschaftsbestand von 16 Polizisten verfügt, dass Wohlen mit einem Bestand von 10 Polizisten klar unterdotiert ist. Das wurde übrigens auch bei der Verwaltungsanalyse schon bemängelt.

Das Polizeigesetz des Kantons Aargau verpflichtet die Gemeinden zur Gewährleistung der lokalen Sicherheit. Ob diese mit 10 Polizisten für 9 Gemeinden gewährleistet sein kann, ist aus der Sicht der GPK fraglich.

Wenn etwas passiert, ist es immer die Repol, die als erste Instanz vor Ort ist. Vergessen wir nicht, dass die Repol die Aufgabe und Pflicht hat, Bereitschaftsdienst zu leisten und das sieben Tage in der Woche. Zudem muss die Repol laut Dienstvorschrift immer zu zweit auf Patrouille sein. Sei es um einen Streit zu schlichten, oder bei einem Verkehrsunfall, Diebstahl, Mord oder anderen unvorhergesehenen Unannehmlichkeiten. Dies ist nicht zu unterschätzen, was nebst dem hohen Arbeitspensum auch psychische Belastungen mit sich bringt.

Die Auflistung der Aufgaben der Repol im Bericht und Antrag ist lang und zeigt auf, was alles in den Zuständigkeitsbereich der Repol fällt. Wie zeitaufwändig einzelne Aufgaben sind, ist für uns Einwohnerräte nur bedingt nachzuvollziehen. Die übermassige Belastung bei Personalausfällen lässt sich für uns auch nur erahnen.

Der Repol Chef, Marco Veil, hat uns zudem an der GPK Sitzung erklärt, dass der Kanton in naher Zukunft noch weitere Aufgaben an die Gemeinden delegieren wird.

Aus Sicht der GPK müsste sich der Gemeinderat zusammen mit der Repol -Kommission schon bald Gedanken zu einer Einheitspolizei machen. Es würde sicher Vorteile bringen, wenn Kapo und Repol unter einem Dach wären. Ressourcen könnten effizienter genutzt werden und Doppelspurigkeiten würden ebenfalls vermieden. Dies wäre für die Zukunft unbedingt an die Hand zunehmen.

Zum heutigen Antrag zurück:

Nach dem Besuch von Polizeichef Marco Veil und Gemeinderat Toni Schürmann wurde von der GPK anerkannt, dass die Repol die benötigten Ressourcen für die Erledigung ihrer Aufgaben erhalten muss. Grundsätzlich wird mehr Sicherheit rundum gewünscht.

Bevor abgestimmt wurde, stellte Urs Stäger den Antrag, dass 100 Stellenprozente für die Repol bewilligt werden und zusätzlich die Anschaffung eines Elektrovelos.

Der Antrag von Urs Stäger wurde in der GPK mit 2 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die GPK hat den Antrag des Gemeinderates mit 6 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme klar gutgeheissen.

Die GPK möchte in Zukunft wieder Verkehrsunterricht im Kindergarten und den Schulen, zudem mehr Präsenz auf den Strassen. Zudem würde die GPK eine Evaluation der Auswirkungen der Stellenaufstockung begrüssen.

Wir bitten Sie, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, diesen Antrag gutzuheissen. Wohlen wächst weiter und wenn alle Aufgaben von der Repol wahrgenommen werden sollen, sind die 200 Stellenprozente unabdingbar.

Toni Schürmann, Gemeinderat: Besten Dank an die GPK-Sprecherin für ihre Ausführungen. Die Polizeiaufgaben und der Ruf nach Polizeileistung haben zugenommen. Die Bevölkerungszahl im Repol-Gebiet ist seit der Gründung der Regionalpolizei um ca. 1'800 Einwohnerinnen und Einwohner gestiegen. Analog haben auch die Aufträge zugenommen. Dafür müssen die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Viele Kunden reagieren heute kaum noch oder schleppend auf Anordnungen und Vorladungen von Behörden und das führt dazu, dass die Repol vermehrt beigezogen werden muss. Der Kanton verlangt Minimalstandards, Pikett zu zweit, Wochenendpatrouillen von 18.00 Uhr bis 06.00 Uhr, Mindestens eine Präsenzzeit von 30% uniformiert im öffentlichen Raum nach berechenbaren Kriterien. Diese sind mit dem heutigen Personalstand nur zu erreichen, wenn andere Aufgaben wie z.B. Patrouillen tagsüber unter der Woche zurückgestellt werden. Der Ruf nach mehr Polizei ist überall hörbar, die Aufgaben haben zugenommen und werden weiter zunehmen. Die Regionalpolizei ist heute an ihren Grenzen angekommen. Die Repol-Kommission und der Gemeinderat beantragen dem Einwohnerrat aufgrund der Aufgabenzunahme für die Repol eine Aufstockung um zwei Stellen. Die Notwendigkeit einer Erhöhung des Stellenetats ist im Bericht und Antrag, wie vom Einwohnerrat verlangt, klar begründet. Ich versichere Ihnen, dass der Antrag für eine Stellenerhöhung sehr sorgfältig geprüft wurde, einerseits von der Repol-Kommission der Vertragsgemeinden, die an die Mehraufwendungen bezahlen sowie durch den Gemeinderat Wohlen. Die Repol-Kommission stimmt der Kostenerhöhung nicht zu, wenn sie Sinn und Zweck nicht als notwendig erachten würde. Auch der Gemeinderat beantragt keine Stellenerhöhung mit allen finanziellen Konsequenzen, wenn diese nicht notwendig wäre. Ebenfalls sind die Verbesserungen, die die beiden Stellen bringen, in der Begründung im Bericht und Antrag enthalten. Mit zwölf Polizeimitarbeitenden und einer Zivilangestellten wäre die Regionalpolizei Wohlen immer noch nicht überdotiert. Kosten und Effizienzsteigerungen wurden abgewogen berücksichtigt. Die anderen Vertragsgemeinden haben ihre Kosten bereits budgetiert. Überall werden mehr Polizeikräfte verlangt. Sicherheit für alle braucht Ressourcen. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Antrag für die Stellenerhöhung zuzustimmen.

Tomi Schmid, Freis Wohle/EVP: Wir haben lange darüber diskutiert. Uns haben konkrete Unterlagen gefehlt. Ich möchte ein Beispiel nehmen. Es wird gesagt, dass die Kantonspolizei gewisse Sachen an die Regionalpolizei delegieren wird. Es wäre schön zu wissen, was delegiert wird. Ist es eine Spekulation oder konkret? Es gab noch ein paar andere Sachen, die unserer Meinung nach nicht optimal begründet worden sind. Aber es sind zwei Sachen, die uns davon überzeugt haben, den 200 Stellenprozenten zuzustimmen.

1. wir schliessen uns der Empfehlung der Kommission, wo auswärtige Gemeinden angeschlossen sind, an. Es wäre nicht gut, wenn wir uns ausschliessen würden.

2. wir mögen unseren Polizisten gute Arbeitsbedingungen gönnen. Es konnte ausgewiesen werden, dass es mehr Stellenprozente benötigt, damit ihre Arbeit angenehmer wird.

Wir werden dem Antrag einstimmig zustimmen.

Benno Kohli, FDP/Dorfteil Anglikon: Obwohl wir in der FDP sehr vorsichtig sind, wenn es um neue Stellen geht, sind wir zum Schluss gekommen, dass es tatsächlich nötig ist, dass die Regionalpolizei die 200 Stellenprozente bekommt. Die Bevölkerung ruft nach mehr Polizei. Allerdings ist die Bevölkerung auch nicht immer ganz ehrlich mit sich selber. Wenn die Polizei auf der Strasse fährt, möchten wir sie nicht unbedingt, wenn wir sie im Quartier sehen, sind wir umso beruhigter. Wir sehen das ein und da wir der Meinung sind, dass ein Unterbestand bei der Repol vorliegt, stimmen wir den zwei zusätzlichen Stellen zu. Auch die Vorlage selber ist meiner Meinung nach gut strukturiert. Was mir nicht so passt, ist die Aktenauflage. Man sieht nur den Finanzplan und das ist ganz klar ungenügend und hat mit diesem Bericht und Antrag überhaupt nichts zu tun. Das ist himmeltraurig und kann nicht sein, wenn es darum geht, zwei neue Stellen zu besetzen. Komisch ist auch, dass am Schluss steht, dass die anderen enttäuscht sind, weil wir erst jetzt auf dem Weg sind, die Polizeistellen zu schaffen. Ich möchte betonen, dass es an der Gemeinde und dem Einwohnerrat Wohlen ist, auf welche Art und Weise er dies bewilligen möchte oder auch nicht und es ist darauf hinzuweisen, dass wir doch mit 60% einen grossen Teil an die Regionalpolizei bezahlen, obwohl wir in Wohlen weniger Einwohner haben als rundherum. Trotzdem braucht es die Polizisten und wir stimmen deshalb einstimmig zu.

Thomas Burkard, Grüne: Unsere Fraktion begrüsst den Stellenausbau bei der Regionalpolizei. Die Notwendigkeit der Stellenerweiterung ist bekanntlich nicht neu und wurde bereits bei der Verwaltungsanalyse erkannt. Alle sieben Vertragsgemeinden rund um Wohlen stehen hinter der Erhöhung und haben in ihren Budgets, wie es der Gemeindevertrag vorsieht, die notwendigen Mittel gutgeheissen. Zu Recht erwarten die Gemeinden nun, dass Wohlen die zusätzlichen personellen Ressourcen bewilligt. Das heutige Korps ist einfach zu knapp, um alle Aufgaben ohne Einschränkungen zu erfüllen. Wenn wir uns die Situation in vergleichbar grossen Aargauer Gemeinden, z.B. Aarau oder Wettingen, anschauen, zeigt sich die Unterbesetzung in Wohlen ganz deutlich. Wir Grünen sind der Meinung, dass die beantragten 200 Stellenprozente am unteren Limit sind. Es hätte uns nicht erstaunt, wenn noch mehr Stellenprozente beantragt worden wären. Sicherheit ist ein kostbares Gut und betrifft uns alle. Sparen wäre hier fehl am Platz. Neben der vorgesehenen vermehrten Patrouilletätigkeit und der allgemeinen Erhöhung der Repol-Präsenz ist für unsere Fraktion wichtig, dass auch die Verkehrserziehung im Kindergarten und an den Schulen in Zukunft wieder vollumfänglich gewährleistet werden kann. Das ist für uns ein Muss. Wir stimmen dem Antrag zu.

Roland Vogt, SVP: Die sicherheitspolizeilichen Aufgaben haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. In den 90er Jahren hatten wir eine grosse Einwanderung aus dem Balkan und aus Afrika. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit kam es in unserem Land zusätzlich zu einer massiven Zuwanderung aus den mitteleuropäischen Staaten. Streitereien, Vermögensdelikte, Jugendkriminalität, Sozialmissbrauch, häusliche Gewalt und weitere Delikte sind das Resultat dieser Politik und ein Ende ist nicht in Sicht. Dieser Zustand spürt auch die Bevölkerung von Wohlen und den angrenzenden Gemeinden. Der Ruf nach mehr Sicherheit ist allgegenwärtig.

Es ist wichtig, dass die Regionalpolizei ihre Aufgaben wahrnimmt. Damit sie diese Aufgaben erfüllen kann, ist eine Personalaufstockung von 200 Stellenprozenten unumgänglich. Nur so erreicht man mehr Präsenz auf der Strasse und das nicht nur im ruhenden Verkehr,

sondern auch eine effiziente Bearbeitung der Kleinkriminalität und eine vermehrte Patrouillentätigkeit bei den öffentlichen Anlagen wie z.B. Schulanlagen und Bahnhof. Weiter ist anzunehmen, dass mit der Einführung eines neuen Polizeigesetzes zusätzliche Aufgaben von den grossen Polizeikorps auf die kleineren regionalen Polizeistellen delegiert werden.

Die SVP möchte an dieser Stelle aber festhalten, dass sie dem Bericht und Antrag nicht wegen der Forderungen und Erwartungen der Repol-Kommission, wie es unter Punkt 5 verlangt wird, zustimmt. Das Vorgehen mit Bericht und Antrag ist richtig und korrekt. Eine Stellenaufstockung auf dem Budget-Weg hat der Einwohnerrat im letzten Herbst zu Recht abgelehnt. Der SVP geht es um das Wohl der Bevölkerung.

Hans Hufschmid, CVP: Es wurde alles gesagt, was gesagt werden musste. Die CVP-Fraktion steht geschlossen hinter dem Bericht und Antrag und wird diesem einstimmig zustimmen.

Man kann nicht ständig nach mehr Sicherheit und Polizeipräsenz schreien und dann die erforderlichen Stellen nicht bewilligen. Die Ausrückungen (Aufgebote Einsatzzentrale Kantonspolizei oder Anrufe aus der Bevölkerung) haben um rund 20% zugenommen.

Wir möchten hier noch einmal etwas in Erinnerung rufen, was uns sehr markant erscheint. Wohlen hat pro 3'100 Einwohner einen Regionalpolizisten. Lenzburg hat pro 2'273 Einwohner einen Regionalpolizisten. Aarau hat pro 1'542 Einwohner einen Regionalpolizisten.

In den anderen Vertragsgemeinden sind die entstehenden Kosten bereits ins Budget aufgenommen worden. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, wir bitten Euch, dem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Stefan Suter, SP: Unsere Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen. Wie wir aus den Angaben des Berichtes lesen können, ist ganz klar, dass zwei Stellen weit unter dem sind, was wir schlussendlich haben müssen. Wie viele Polizei braucht es? Solange wir die Polizei nicht selber brauchen, sehen wir sie bloss als unangenehme Erscheinung, die Parkbussen verteilt, hinter den Gebüsch auf Temposünder wartet oder Fahrer heraussucht, die eventuell alkoholisiert sind. Wehe aber wenn wir etwas haben, sollten möglichst schnell viele an Ort und Stelle sein. All das sollen die 10 Beamten bewältigen können. Das grenzt beinahe an ein Wunder und deshalb möchte ich den Damen und Herren hier oben herzlich danken. Polizeiarbeit ist nicht nur das, was die Öffentlichkeit sieht, sehr viel läuft im Hintergrund ab und das soll auch so sein. Uns ist es wichtig, dass die von uns an die Repol gestellten Aufgaben auch erfüllt werden können. Sie braucht die 2 Stellen dringendst. Zwingend ist aber, dass in die Zukunft geschaut wird. Die Aufstockung des Korps hat Priorität. Arbeitsplatz bzw. Arbeitsstandort müssen überdacht werden. Ausrüstung muss überlegt werden. Die Fahrzeugflotte muss geplant werden. Arbeiten mit Kapo oder anderen Organisationen müssen ebenfalls in die Hand genommen werden. Dass es da ein Konzept braucht, liegt klar auf der Hand. Viele Aufgaben sind bereits bekannt. Es ist schade, dass der Antrag für die 200 Stellenprozente erst jetzt kommt. Machen wir aus der Repol keinen Flickteppich sondern geben ihr die Mittel in die Hände, damit wir eine gute Institution haben, die uns auch schützt.

Sandra Lehmann, Freis Wohle/EVP: Mit der Einführung der Regionalpolizei ist aus meiner Sicht etwas Wichtiges verloren gegangen. Der direkte Kontakt zur Bevölkerung. Ich wünsche mir mehr Präsenz. Nicht nur im Streifenfahrzeug sondern vor allem auch im direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Z.B. mit den Kindern bei einem Schulbesuch oder vor allem in der Verkehrsschulung. Ich wünsche mir Kontrolle, nicht nur als Bussenorgan, sondern als Appell an das Gewissen. Mit guten Erinnerungen denke ich zurück an die Ära Müller/Meier. Eine Zeit, als die Polizisten noch mit dem Velo unterwegs waren. Mit dem geplanten Stel-

lenausbau hoffe ich, dass wieder mehr Zeit für den direkten Kontakt mit der Bevölkerung geschaffen wird und dass dem Leitsatz „die Polizei – Dein Freund und Helfer“ wieder vermehrt Rechnung getragen werden kann.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung von zusätzlichen 200 Stellenprozenten für die Regionalpolizei Wohlen

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei keinen Enthaltungen

zugestimmt.

Motion 11164 gegen die erneute Umgehung des Einwohnerrates

Bruno Bertschi, SVP: Viel, sehr viel hat es gebraucht, bis dem Gemeinderat klar wurde, dass ein Gemeinwesen keine Leasinggeschäfte abzuschliessen hat.

Die Hau-Ruck-Übung eines Fahrzeugleasings wurde aus dem niedrigen Beweggrund ins Auge gefasst, den Einwohnerrat umgehen zu können.

Das sind Machenschaften, die unser Vertrauen in den Gemeinderat nicht sonderlich fördern.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass der Gemeinderat in seiner jetzigen Zusammensetzung solche Bauertricks inskünftig nicht mehr versuchen wird.

Wir ziehen die Motion zurück.

Die Motion 11164 gegen die erneute Umgehung des Einwohnerrates wird zurückgezogen.

Jean-Pierre Gallati, SVP: Zwei Punkte:

1. Wenn die Motion umgesetzt wird, können wir im Jahr CHF 30'000.— bis CHF 50'000.00 sparen
2. Wenn die Motion umgesetzt wird oder erfreulicherweise sogar freiwillig vom Gemeinderat übernommen würde, könnte man den Kopierauftrag mit Volumen von circa CHF 300'000.00 öffentlich ausschreiben, was ohnehin zwingend nötig ist

Matthias Jauslin, Gemeinderat: Der Gemeinderat empfiehlt Ablehnung. Am 7. September 2009 hat der Gemeinderat Gemeindeschreiber Peter Hartmann und Schulverwalter Ernesto Hitz den Auftrag gegeben, eine Lagebeurteilung vorzunehmen. Folgende Zahlen sind wichtig: In der Schule haben wir 22 Kopiergeräte und in den Verwaltungsabteilungen 17 Kopiergeräte. Von diesen 39 Geräten sind 36 Geräte von der Firma Ricoh und drei Geräte von der Firma Faigle. Die Mietverträge haben folgende Laufzeiten:

Bis 31. Dezember 2012, Faigle, 2 Geräte
Bis 31. Dezember 2013, Ricoh, 36 Geräte
Bis 31. Dezember 2014, Faigle, 1 Gerät

Man hat die Firma angefordert, eine Offerte einzureichen für eine vorzeitige Vertragsauflösung. Dies ergäbe folgende Zahlen:

Firma Ricoh CHF 349'429.10
Firma Faigle CHF 23'744.00

Das wären die Beträge, die auf die Gemeinde zukämen, wenn die Motion überwiesen und schlussendlich auch umgesetzt würde.

Die jährlichen Kopierkosten sind insgesamt effektiv CHF 100'000.00. Wir haben All-In-Verträge. Das heisst, wir bezahlen die Kopie und keinen Unterhalt. Die Gemeinde Wohlen macht rund 2 Mio. Kopien, davon sind nicht ganz 10% Farbkopien. Wenn man nun die Behauptung des Motionärs nimmt, dass wir CHF 30'000.00 bis CHF 50'000.00 sparen könnten, würde das ja heissen, dass wir zu den halben Kosten kopieren könnten.

Der Gemeinderat möchte sich aber die Option eines Anbieterwechsels nicht verbauen und sieht folgendes Vorgehen vor: Wir möchten den Schulverwalter beauftragen, sicherzustellen, dass keine Verträge mehr über den 31. Dezember 2013 laufen. Wir möchten, dass Verträge befristet sind. Der Gemeinderat möchte im Jahre 2013 eine neue Lagebeurteilung vornehmen und den Auftrag eventuell entsprechend neu ausschreiben. Wir bitten Sie, alleine aufgrund der Kosten einer vorzeitigen Vertragsauflösung, die Motion nicht zu überweisen.

Anna Keller, Grüne: Wir sind aus den genannten Gründen ganz klar gegen die Überweisung der Motion. Wir sind aber auch klar der Meinung, dass es richtig ist bei Vertragsende jeweils zu prüfen, ob diese wieder erneuert werden sollen oder nicht. Eine Vertragsauflösung ist eindeutig zu teuer.

Abstimmung

Die Motion

Für massive Einsparung bei den Kopierkosten

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen


nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Arsène Perroud, Präsident: Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich bin der Meinung, dass wir konstruktiv und speditiv die Geschäfte behandelt haben und danke euch für die gute und engagierte Mitarbeit.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am 26. April 2010 statt. Ich wünsche ihnen bis dahin frohe Ostertage und freue mich, sie dann wieder begrüßen zu dürfen.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Arsène Perroud, Präsident



Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.